

Beschlussprotokoll

Öffentliche Sitzung

Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung

7. Sitzung
4. Mai 2022

Beginn: 14.03 Uhr
Schluss: 18.53 Uhr
Vorsitz: Herr Abg. Sven Rissmann (CDU)

Vor Eintritt in die Tagesordnung

Der Senat wird durch Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA) sowie Frau Staatssekretärin Dr. Brückner (SenJustVA) und Frau Staatssekretärin Gomis (SenJustVA) repräsentiert.

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Die Sitzung werde wegen der 2. Lesung des Doppelhaushalts 2022/2023 zu Punkt 2 außerplanmäßig länger als drei Stunden dauern und spätestens um 21.00 Uhr enden.
- Die Sitzung werde in einen anderen Raum im Abgeordnetenhaus, wo sich die Medienvertreter/innen eingefunden haben, und überdies live auf der Homepage des Abgeordnetenhaus als Stream übertragen.
- Das pandemiebedingte Raumkonzept lege fest, dass jeweils nach zwei Stunden eine 15 minütige Lüftungspause einzulegen sei.

Der Vorsitzende genehmigt den anwesenden Medienvertreter/innen die Anfertigung von Bild- und Tonaufnahmen gemäß § 4 Abs. 3 und Abs. 2, S. 2 der Hausordnung des Präsidenten vom 28. Januar 2022. Er stellt das diesbezügliche Einverständnis des Ausschusses fest.

Punkt 1 der Tagesordnung

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis
90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
Drucksache 19/0279

[0031](#)
Recht
Haupt

Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln

Der Vorsitzende weist auf Folgendes hin:

- Es handele sich bei dem vorliegenden Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses um eine sog. Mehrheitsenquete, bei der nach Art. 48 Abs. 1 der Verfassung von Berlin i. V. m. § 1 Abs. 1 des Untersuchungsausschussgesetzes des Abgeordnetenhaus von Berlin das Recht bestehe, diesen Untersuchungsausschuss einzusetzen.
- Dem Hauptausschuss sei der Einsetzungsantrag ebenfalls überwiesen worden. Er habe bereits am 6. April 2022 eine Beschlussempfehlung an das Plenum mit dem folgenden Inhalt abgegeben:
 - „I. Der Antrag – Drucksache 19/0279 – wird betreffend Ziffer III. angenommen.
 - II. Der Hauptausschuss sieht im Übrigen von einer Beschlussempfehlung im Hinblick auf die noch ausstehenden Beratungen des Ausschusses für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung ab.“
- Der Beschluss im Hauptausschuss sei zu Punkt I. in Abschnitt III des Einsetzungsantrags einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, Die Linke und AfD bei Enthaltung der Fraktionen der CDU und FDP ergangen. Zu Punkt II. sei ein einvernehmlicher Beschluss gefasst worden.
- Auf der Ebene der parlamentarischen Geschäftsführer habe es eine Verständigung dergestalt gegeben, in der heutigen Sitzung des Ausschusses über den Einsetzungsantrag zu beschließen und eine dringliche Beschlussempfehlung an das Plenum abzugeben.
- Am 2. Mai 2022 habe die Parlamentsverwaltung einen rechtlichen Vermerk mit Datum vom 29. April 2022 dem Ausschuss übermittelt. Darin sei die Parlamentsverwaltung zu dem Ergebnis gekommen, dass die Wahl von beratenden Mitgliedern nicht mit § 3 Abs. 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Abgeordnetenhaus von Berlin vereinbar und der Einsetzungsantrag „insoweit unzulässig“ sei (Anlage 1).
- Die Koalitionsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke haben in Reaktion darauf kurzfristig vor der heutigen Sitzung einen Änderungsantrag einge-

reicht, der das Ergebnis der rechtlichen Prüfung der Parlamentsverwaltung aufgreife (Anlage 2).

Frau Abg. Eralp (LINKE) begründet den Antrag und den Änderungsantrag für die antragstellenden Koalitionsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke.

Im Anschluss an die Beratung beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, AfD und FDP die Annahme des o. g. Änderungsantrags.

Im Ergebnis beschließt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, AfD und FDP, dem Plenum die Annahme des Antrags – Drucksache 19/0279 – mit der zuvor beschlossenen Änderung zu empfehlen.

Ferner empfiehlt der Ausschuss einstimmig mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen, CDU, Die Linke, AfD und FDP dem Plenum die dringliche Behandlung gemäß § 59 Abs. 3, S. 1 GO Abghs.

Der Ausschuss wird dem Plenum eine dringliche Beschlussempfehlung übermitteln.

Punkt 2 der Tagesordnung

Vorlage – zur Beschlussfassung –
Drucksache 19/0200

**Gesetz über die Feststellung des Haushaltsplans von
Berlin für die Haushaltsjahre 2022 und 2023
(Haushaltsgesetz 2022/2023 – HG 22/23)**

[0026](#)
Recht
Haupt(f)

**Hier: Einzelplan 06 (SenJustVA) sowie Einzelplan 12
Kapitel 1250: Maßnahmengruppe 06 –
Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung (auf
Drucksache 19/0200-Anlage)**

In die Beratung wird einbezogen:

Sammelvorlage SenJustVA
– 1 C – vom 19.04.2022

**Beantwortung der Berichtsaufträge aus der 1.
Lesung des Ausschusses für Verfassungs- und
Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung,
Antidiskriminierung**
Haushaltsberatung 2022/2023 – Ausschuss Recht

[0026-01](#)
Recht

Dem Ausschuss liegen folgende Unterlagen vor:

- der dem Ausschuss überwiesene Einzelplan 06 und der Einzelplan 12 mit dem Kapitel 1250 und der Maßnahmengruppe 06,
- die Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung mit insgesamt 377 Berichten zu den beschlossenen Berichtsaufträgen,
- die Änderungsanträge der Fraktionen
- und die durch das Ausschussbüro angefertigte Synopse mit den beschlossenen Berichtsaufträgen und allen Änderungsanträgen der Fraktionen.

Der Vorsitzende weist ergänzend darauf hin, dass die Koalitionsfraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gemeinsame Änderungsanträge eingereicht haben. Insgesamt seien 95 Änderungsanträge eingereicht worden.

Er verweist auf Punkt 10 b) der, durch den Ausschuss in der 4. Sitzung am 9. März 2022 beschlossenen, Regularien zu den Haushaltsberatungen, wonach im Rahmen der Generalaus-sprache ein Redezeitkontingent von 5 Minuten pro Fraktion bestehe. Mehrere Sprecherinnen und Sprecher einer Fraktion müssten sich gegebenenfalls die Redezeit aufteilen.

Er erinnert daran, dass der Ausschuss in Punkt 10, S. 1 der Regularien beschlossen habe, in der heutigen 2. Lesung nur Titel aufzurufen bzw. zu beraten, die in der 1. Lesung am 23. März 2022 zurückgestellt worden seien. Dies seien alle Titel, zu denen Berichtsaufträge oder Änderungsanträge vorliegen. In der 1. Lesung seien darüber hinaus keine Titel zurückgestellt worden.¹

Der Ausschuss beschließt einvernehmlich, bei den Änderungsanträgen, die durch mehrere Fraktionen zu demselben Titel eingereicht wurden, die Reihenfolge der Abstimmungen aufsteigend nach der Fraktionsstärke vorzunehmen d. h. mit der kleinsten Fraktion zu beginnen und der stärksten Fraktion zu enden. Dieses Verfahren werde gewohnheitsrechtlich in den Fachausschüssen bei den Haushaltsberatungen seit mehreren Wahlperioden angewendet und ermögliche, dass jede Fraktion ihren Änderungsantrag zur Abstimmung stellen könne und ein Votum erhalte.²

¹ Sinn der „Zurückstellungen“ ist, das Beratungsverfahren in der 2. Lesung auf bestimmte Titel zu fokussieren (Verfahrensökonomie). Die Zurückstellung eines Titels muss bereits in der 1. Lesung angekündigt worden sein; ein nicht zurückgestellter Titel wird in der 2. Lesung nicht mehr aufgerufen.

² Dieses Verfahren weicht von § 68 S. 2 GO Abghs, wonach über den weitergehenden Antrag zuerst abzustimmen ist, ab. Da nach § 26 Abs. 9 GO Abghs die Regelungen über das Plenum nur sinngemäß auf die Ausschüsse Anwendung finden, ist dies möglich. Das Vorgehen nach § 68 S. 2 würde bewirken, dass sich im Falle der Annahme des zahlenmäßig weitest gehenden Änderungsantrags die Abstimmungen über die zahlenmäßig niedrigeren Änderungsanträge der anderen Fraktionen erübrigen. Sofern der Änderungsantrag der Koalitionsfraktionen am weitest gehenden wäre und angenommen würde, kämen die anderen Änderungsanträge dann nicht mehr zur Abstimmung. Damit auch die anderen Fraktionen ein Votum zu ihren Änderungsanträgen erhalten können, wird in den Fachausschüssen in den Haushaltsberatungen gewohnheitsrechtlich aufsteigend in der Reihenfolge der Fraktionsstärke abgestimmt.

Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck (SenJustVA) stellt dem Ausschuss den Einzelplan 06 vor und erläutert dessen Grundzüge.

Im Anschluss an Generalausprache, in deren Rahmen Herr Abg. Dörstelmann (SPD), Herr Abg. Walter (GRÜNE), Frau Abg. Dr. Vandrey (GRÜNE), Herr Abg. Herrmann (CDU), Frau Abg. Eralp (LINKE), Herr Abg. Schlüsselburg (LINKE), Herr Abg. Vallendar (AfD) und Herr Abg. Krestel (FDP) Stellung nehmen, tritt der Ausschuss in die Beratungen der einzelnen Kapitel und Titel des Einzelplans 06 und 12 (Einzelberatungen) anhand der vorliegenden Synopse ein.

Der Ausschuss verständigt sich aus Effektivitätsgründen zu Beginn der Einzelberatungen darauf, in der Synopse nicht die Berichtsauftragsnummern, sondern stattdessen die Seitenzahlen aufzurufen. Die Wortmeldungen der Ausschussmitglieder erfolgen bei Bedarf zu den auf der jeweiligen Seite enthaltenen Berichtsauftragsnummern und Titeln.

Frau Senatorin Prof. Dr. Kreck, Frau Staatssekretärin Dr. Brückner und Frau Staatssekretärin Gomis (alle SenJustVA) nehmen im Rahmen der Einzelberatungen Stellung (siehe zu den Einzelheiten der Beratungen der einzelnen Titel das Inhaltsprotokoll der 7. Sitzung).

Die eingereichten Änderungsanträge werden bei den jeweiligen Titeln bei Bedarf durch die Antrag stellende/n Fraktion/en begründet und beraten, bevor sie abgestimmt werden (siehe zu den Ergebnissen der Abstimmungen der Änderungsanträge die Ergebnissynopse in der Anlage 3).

Im Anschluss an die Einzelberatungen beschließt der Ausschuss wie folgt:

- Dem federführenden Hauptausschuss wird die Annahme des überwiesenen Einzelplans 06 mit den zuvor beschlossenen Änderungen mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP empfohlen.
- Dem federführenden Hauptausschuss wird die Annahme des überwiesenen Einzelplans 12 hinsichtlich des Kapitels 1250 mit der Maßnahmengruppe 06 mehrheitlich mit den Stimmen der Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke gegen die Stimmen der Fraktionen der CDU, AfD und FDP empfohlen.

Der Vorsitzende stellt abschließend fest, dass die beschlossenen Berichtsaufträge des Ausschusses durch die Sammelvorlage der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung und die mündlichen Stellungnahmen der o. g. Repräsentantinnen des Senats erfüllt wurden und damit erledigt sind.

Punkt 3 der Tagesordnung

Verschiedenes

Die nächste (8.) Sitzung findet am Mittwoch, dem 18. Mai 2022, um 14.00 Uhr statt.

Der Vorsitzende

Die stellvertretende Schriftführerin

Sven Rissmann

Dr. Petra Vandrey

Abghs III B
Hellriegel

2. Mai 2022. Mai 2022
App. 1360

Dir

AbtL'in III

Vermerk

Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009 bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln (Drucksache 19/0279)

Hier: Zulässigkeit einer beratenden Mitgliedschaft im Recht der Untersuchungsausschüsse

Mit Drucksache 19/0279 vom 29. März 2022 (siehe Anlage) beantragen die Fraktionen der SPD, Bündnis 90/Die Grünen und Die Linke die Einsetzung eines Parlamentarischen Untersuchungsausschusses zum Themenkomplex „Straftatenserie in Neukölln“.

In Abschnitt II. des Antrags wird die personelle Zusammensetzung des Untersuchungsausschusses geregelt. Hier heißt es:

„Der Ausschuss besteht aus elf Mitgliedern (drei Mitglieder der Fraktion der SPD, zwei Mitglieder der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen, zwei Mitglieder der Fraktion der CDU, zwei Mitglieder der Fraktion Die Linke, ein Mitglied der Fraktion der AfD und ein Mitglied der Fraktion der FDP) sowie elf Stellvertreter:innen. Fraktionen mit nur einem Mitglied können ein beratendes Mitglied entsenden.“

Fraglich ist, ob das in Satz 2 aufgeführte und aus den Fachausschüssen bekannte Instrument einer „beratenden Mitgliedschaft“ im Recht der Untersuchungsausschüsse zulässig ist.

Gemäß § 3 Absatz 1 des Gesetzes über die Untersuchungsausschüsse des Abgeordnetenhauses von Berlin (UntAG) werden die oder der Vorsitzende, seine Stellvertretung sowie „die übrigen Mitglieder des Ausschusses und deren stellvertretende Mitglieder“ vom Plenum des Abgeordnetenhauses gewählt. Die Wahl von weiteren, beratenden Mitgliedern ist im Gesetz nicht vorgesehen und kann demnach vom Plenum nicht durchgeführt werden.

Ist die Wahl beratender Mitglieder nicht zulässig, könnte in Erwägung gezogen werden, das Besetzungsverfahren dahingehend aufzugliedern, dass zwar die Mitglieder und stellvertretenden Mitglieder des Ausschusses gewählt werden, bei beratenden Mitgliedern aber von dem Erfordernis der Wahl abgesehen und stattdessen eine Mitgliedschaft über die Namhaftmachung gegenüber dem Präsidenten bzw. Entsendung nach den Regelungen der Geschäftsordnung des Abgeordnetenhauses (GO Abghs) ermöglicht wird (§ 20 GO Abghs).

Hierfür müsste es zulässig sein, die Wahl nach dem UntAG durchzuführen, im Übrigen aber auf die Regelungen der GO Abghs zurückzugreifen.

Ein solches Ausweichen auf Regelungen der GO Abghs im Zusammenhang mit der personellen Zusammensetzung eines Untersuchungsausschusses ist in § 3 Absatz 3 Satz 4 UntAG tatsächlich vorgesehen – allerdings ausschließlich für den Fall, dass parlamentarische Gruppen und fraktionslose Mitglieder an einem Untersuchungsausschuss beteiligt werden sollen. In diesem Fall ist § 20 Abs. 4 GO Abghs zu beachten. Die Beteiligung der Fraktionen hingegen richtet sich allein nach § 3 Absatz 3 Satz 1 bis 3 UntAG, d.h., ihre Mitglieder sind durch das Plenum zu wählen.

Über diesen speziellen Fall hinaus ist die GO Abghs im Recht der Untersuchungsausschüsse generell gem. § 35 UntAG nur dann anwendbar, wenn das UntAG zu einer Materie keine Regelung trifft. Die Zusammensetzung des Ausschusses aber ist, wie dargelegt, in § 3 UntAG abschließend normiert; ein ergänzender Rückgriff auf die GO Abghs scheidet aus.

Im Ergebnis ist festzuhalten, dass das Instrument einer „beratenden Mitgliedschaft“ im Recht der Untersuchungsausschüsse nicht vorgesehen ist. Der Einsetzungsantrag (Drucksache 19/0279) ist insoweit unzulässig.

Es wird empfohlen, dass der Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung in seiner Beschlussempfehlung auf eine Streichung von Abschnitt II Satz 2 hinwirkt.

Hellriegel

Anlage

Änderungsantrag

der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die Linke
zum Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die
Linke
über

**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des
Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009
bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln**

Drs. 19/0279

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Antrag der Fraktion der SPD, der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen und der Fraktion Die
Linke über „**Einsetzung eines Untersuchungsausschusses zur Untersuchung des
Ermittlungsvorgehens im Zusammenhang mit der Aufklärung der im Zeitraum von 2009
bis 2021 erfolgten rechtsextremistischen Straftatenserie in Neukölln**“ – Drs. 19/0279 –
wird wie folgt geändert:

In Abschnitt II. wird der letzte Satz gestrichen

Begründung:

Für die Benennung von beratenden Mitgliedern eines parlamentarischen
Untersuchungsausschusses ist im Gesetz über die Untersuchungsausschüsse des
Abgeordnetenhauses von Berlin (UntAG) keine Rechtsgrundlage gegeben. Die Regelungen zu
Mitgliedern eines Untersuchungsausschusses sind abschließend, so dass die
Geschäftsordnung des Abgeordnetenhaus nicht analog angewendet werden kann.

für die Fraktion der SPD

für die Fraktion DIE LINKE

für die Fraktion Bündnis 90/
Die Grünen

Synopse Berichtsaufträge / zurückgestellte Titel der Fraktionen zum Haushaltsplan 2022/2023
Einzelplan 06 sowie Einzelplan 12 Kapitel 1250 MG 06 – Hochbaumaßnahmen der Senatsverwaltung für
Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Einzelplan 06 – Kapitelübergreifend							
1.		EP06	über-greifend	übergreifend	Inwieweit ist ein Aufwachsen des Gesamt-Einzelplans 06 in den Jahren 2022 und 2023 gegenüber den Jahren 2020/21 zu verzeichnen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 2-3
2.		EP06	über-greifend	Diversity Management	Welche Schlussfolgerungen wurden aus dem Abschlussbericht „Rahmenkonzept zur Einführung eines Diversity-Managements in der Berlin Justiz“ gezogen? Wie ist der Umsetzungsstand insbesondere im Hinblick auf: <ul style="list-style-type: none"> • Herstellung der Parität im Geschäftsbereich, insbesondere bei den R-Stellen oberhalb von R1 • Ostdeutsche in Führungspositionen • Arbeitsbedingungen und Karrierechancen für Teilzeitkräfte und Alleinerziehende • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für Menschen mit Beeinträchtigungen • Verbesserung der Arbeitsbedingungen für ältere Beschäftigte 	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 4-5
3.		EP06	über-greifend	Tarifsteigerungen	Wie ist im Einzelplan Vorsorge getroffen worden, dass Zuwendungsempfänger*innen die Tarifangleichungen für die Jahre 2022 und 2023 nachvollziehen können?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 6
4.		EP06	über-greifend	Einnahmen	Bitte die höheren Einnahmeveranschlagungen begründet darstellen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 7

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
5.		EP06	über-greifend	Personal	Bitte die Personalentwicklung im Geschäftsbereich nach Einrichtungen gegliedert darstellen, insbesondere die Stellenzuwächse nach VZÄ und Besoldungs- und Entgeltgruppen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 8-27
6.		EP06	über-greifend	Resozialisierungsmaßnahmen	Welche konkreten Maßnahmen sind in 2022 und 2023 jeweils geplant und wo etatisiert?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 28
7.		EP06	offen	Wohnzuschuss Auszubildende	In welchem Titel wird das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag in welcher Höhe berücksichtigt?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 29
8.		EP06	offen	Pilotprojekt Richterassistenz	In welchem Titel wird das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag in welcher Höhe berücksichtigt? Wie weit ist die Projektplanung fortgeschritten und wie ist der Zeitplan?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 30
9.		EP06	offen	Innovationszentrum Legal-Tech	In welchem Titel wird das Vorhaben aus dem Koalitionsvertrag in welcher Höhe berücksichtigt? Wie weit ist die Projektplanung fortgeschritten und wie ist der Zeitplan?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 31
10.		EP06 und EP12, MG06	über-greifend	Ertüchtigungen und Investitionen Justizgebäude	Bitte den veranschlagten Investitionsbedarf und den jeweiligen Stand im Geschäftsbereich nach Liegenschaften darstellen; insbesondere den Bau eines 12. Amtsgerichts, die Ertüchtigung des Kathreinerhaus, die Weiterentwicklung des Campus Moabit, Justizakademie und in allen JVAen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 32-34
11.		EP06	über-greifend	übergreifend	In welchen Titeln sind jeweils in welcher Höhe Mittel für <ul style="list-style-type: none"> • die Umsetzung des elektronischen Rechtsverkehrs, • virtuelle Gerichtssäle und weitere Videokonferenztechnik, • die Einführung und den Betrieb der E-Akte und • die Migration zu einer anderen IKT-Dienstleisterin veranschlagt. Bitte auch die jeweiligen Projektpläne und den Umsetzungsstand darstellen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 35-44
12.		div.	div.	Justizvollzug	Wieviel Mittel sind wo im Haushalt zur Bekämpfung von Radikalisierung und Islamisierung im Justizvollzug eingeplant? Wird diesbezüglich mit freien Trägern zusammengearbeitet? Wenn ja, mit welchen und wie erfolgt die Auswahl geeigneter Träger?	CDU	Bericht Seite 45-46

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					In welcher Hinsicht findet eine Zusammenarbeit mit dem Verfassungsschutz in dieser Frage statt?		
13.		div.	div.	Verbrauchsmittel für die verfahrens-unabhängige IKT	Inwieweit erfolgt die Beschaffung von Verbrauchsmaterialien, wie Tonern, Tintenpatronen, Fotoleitern, Bildtrommeln, im Bereich der Justiz für Verwaltung, Gerichte, Justizvollzug und Staatsanwaltschaft zentral? Inwieweit werden die jeweils gezahlten Stückpreise mit den Marktpreisen inkl. Einkaufsstaffeln evaluiert?	CDU	Bericht Seite 47-48
14.		div.	div.	Stellen	Wie viele Stellen laut Stellenplan im Epl. 06 konnten in 2020 und 2021 nicht besetzt werden und warum nicht? Erbitten gesonderte Darstellung nach Kapitel und Titel? Wofür wurden die nicht verbrauchten aber in Ansatz gestellten Mittel verwendet?	CDU	Bericht Seite 49-57
15.		div.	div.	Verfahrensdauer	Wie viele Verfahren sind in 2019, 2020 und 2021 jeweils bei den einzelnen Gerichten und bei der Staatsanwaltschaft eingegangen, wie viele waren in 2019, 2020 und 2021 jeweils noch aus den Vorjahren anhängig, wie viele konnten in 2019, 2020 und 2021 erledigt und wie viele waren jeweils in 2019, 2020 und 2021 unerledigt? Erbitten gesonderte Angaben nach Jahr und Gerichten/Staatsanwaltschaft. Wie hat sich in den Jahren 2019, 2020 und 2021 jeweils das SOLL und Ist bei den Beschäftigten (Beamte, Richter, Tarifbeschäftigte) verändert (Stichtag 01.01. und 01.07. eines Jahres, gesonderte Angabe erbeten)?	CDU	Bericht Seite 58-62
16.		div.	div.	Bau- und Sanierungsmaßnahmen	Bitte um Erläuterung der insgesamt geplanten Mittel und deren Verwendung insbesondere hinsichtlich der Reduzierung des Investitionsstaus für den Bereich der Gerichte und der Strafvollzugsbehörden. Wer koordiniert die Sanierungs- und Renovierungs- oder Baumaßnahmen in den jeweiligen Dienststellen? Wie wurde der Sanierungsbedarf für die Justizvollzugsanstalten und Gerichte für den Doppelhaushalt 2022/2023	CDU	Bericht Seite 63-66

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					ermittelt, wie hoch ist dieser jeweils und insgesamt und welche Kosten müssen aus den Dienststellen selber getragen werden? Welche Prioritäten wurden bei der Sanierung in den jeweiligen Dienststellen durch wen festgelegt, welche Maßnahmen wurden auf den Doppelhaushalt 2024/2025 und welche über den Zeitraum darüber hinaus verschoben?		
17.		EP06	über- greifend div.	Zuwendungen	Wie stellt der Senat für den EP 06 generell sicher, dass bei Zuwendungen die Zuwendungsempfänger das Gebot der Neutralität und der Chancengleichheit der Parteien, wie im Gutachten des Wissenschaftlichen Parlamentsdienstes des Abgeordnetenhaus von Berlin (12.07.2018) und des Parlamentarischen Beratungsdienst des Landtages Brandenburgs (12.02.2018) beschrieben, einhalten wird? Wie sieht es in diesem Zusammenhang mit dem Kriterium der Verfassungstreue der Zuwendungsempfänger aus?	AfD	Bericht Seite 67
Kapitel 0600 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Politisch-Administrativer Bereich und Service -							
18.	13	0600	Allgemeine Erläuterungen	Neuausrichtung Abt. V	a) Welche Zuständigkeiten, Abteilungen und Referate soll die Abt. V in Zukunft haben? b) Welche Zusammenarbeiten mit anderen Abteilungen und Verwaltungen sind vorgesehen? c) Bitte Stellenplan für 2022 und 2023 darstellen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 68-70
19.	13	div.	div.	Struktur der Abteilungen	Es wird um nähere Erläuterung der vorgenommenen Umstrukturierungen der Abteilungen im politisch-administrativen Bereich und Service gebeten, insbesondere bzgl. der nachfolgenden Fragen. Was sind die Gründe, welche Ziele werden hierdurch verfolgt und wie soll die Umstrukturierung die Arbeitsfähigkeit der Senatsverwaltung verbessern?	CDU	Bericht Seite 71

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
20.	15	div.	div.	Durchschnittseinkommen	Es wird um eine Darstellung der bisherigen und zukünftig geplanten Maßnahmen zur Reduzierung der Differenz zwischen den weiblichen und männlichen Durchschnittseinkommen gebeten.	CDU	Bericht Seite 72
21.	15	div.	div.	Weibliche Beschäftigte	Welche konkreten Maßnahmen unternimmt die Senatsverwaltung, um den Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungs- und Entgeltgruppen zu steigern bzw. eine Erhöhung des männlichen Anteils in den anderen Besoldungs- und Entgeltgruppen zu erreichen?	CDU	Bericht Seite 73-75
22.	16	0600	11903	Schadensersatzleistungen, Vertragsstrafen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 76
23.	16	0600	11906	Ersatz von Fernmeldegebühren	In welchem Umfang nutzt die Senatsverwaltung an ihren Standorten Flatrate-Tarife? Es wird um eine konkrete Darstellung nach Standorten und Tarifen gebeten. Auf welcher Basis erfolgten die Erfassung und Berechnung privater Nutzungskosten?	CDU	Bericht Seite 77
24.	16	0600	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Woraus resultiert der angesetzte Rückgang der Einnahmen im Vergleich zum Ist 2020?	CDU	Bericht Seite 78
25.	16	0600	23103	div.	Wie viele Richter stehen infolge Abordnung bzw. Tätigkeit im administrativen Bereich tatsächlich nicht der Rechtsprechung zur Verfügung bzw. wie viele besetzte sonstige Stellen sind infolge von Abordnungen tatsächlich nicht im Justizbereich beschäftigt? Es wird um eine detaillierte Darstellung einschließlich der Ziele und Gründe der Abordnungen gebeten.	CDU	Bericht Seite 79-80
26.	16	0600	23203	Ersatz von Personalausgaben durch die Länder bei	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Woraus resultiert der angesetzte Rückgang der Einnahmen im Vergleich zum Ist 2020?	CDU	Bericht Seite 81

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				Abordnungen und Versetzungen			
27.	17	0600	41210	Aufwendungen für Beiräte	Wie erklärt sich die kontinuierliche Senkung der Kostensätze?	AfD	Bericht Seite 82
28.	17	0600	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 83
29.	17	0600	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 84
30.	17	0600	42811	Entgelte der nicht-planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 85
31.	17	0600	44304	Beiträge an die Unfallkasse für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer	Wie erklärt sich er kontinuierliche Anstieg der Kostensätze?	AfD	Bericht Seite 86
32.	17	0600	45903	Prämien für besondere Leistungen	Warum sind Prämien lediglich im Kapitel 0600 angesetzt, nach welchen Vorschriften werden diese für wen vergeben und wie viele Prämien in welcher durchschnittlichen Höhe wurden in 2020 und 2021 bislang vergeben? Woraus resultiert der Rückgang der angesetzten Prämienzahlungen für die Jahre 2022 und 2023 um knapp 2/3 im Verhältnis zum Ist 2020?	CDU	Bericht Seite 87
33.	17	0600	46201	Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben	Bitte erläutern und mögliche Alternativen darstellen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 88-89
34.	17	0600	46201	Pauschale Minderausgaben für Personalausgaben	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ansätze für 2022 und 2023. In welchen Bereichen sollen diese Minderausgaben erbracht werden?	CDU	Bericht Seite 90

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage		
35.	17	0600	51101	Geschäftsbedarf	Womit ist das geringe Ist und womit die Ansatz-erhöhung zu begründen? Woraus resultiert die Steigerung des angesetzten Geschäftsbedarfs im Jahr 2022 angesichts des nicht ausgeschöpften Ist-Betrages im Jahr 2020?	CDU	Bericht Seite 91-92		
	17	0600	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 925.000 Ansatz 2023: 865.000				
Änderungsanträge der Fraktionen									
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP	
2022: - 50.000 2023: +/- 0									
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung									
Ja		SPD, Grüne, Linke							
Nein		CDU und FDP							
Enthaltung		AfD							
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen							
36.	div.	0600 div.	51101	Geschäftsbedarf	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 93-94		
37.	div.	0600 div.	51101	Geschäftsbedarf	Wieso ist der Ansatz der Postgebühren in 2022 und 2023 trotz Portoerhöhung zum 1.1.2022 unverändert?	CDU	Bericht Seite 95		
38.	17	0600	51101	Geschäftsbedarf	Wie erklärt sich der Anstieg der Kostensätze hinsichtlich des Geschäftsbedarf für die Jahre 2022 und 2023?	AfD	Bericht Seite 96-97		
39.	div.	0600	div.	Sozialberatung der Berliner Justiz	Erbitten Sachstandbericht: Wo konkret (Epl., Kapitel, Titel) werden Mittel für die Sozialberatung der Berliner Justiz	CDU	Bericht Seite 99-100		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					nachgewiesen? Welcher Gesamtansatz ist im Doppelhaushalt 2020/2021 für diese Position vorgesehen? Wie viele Beratungen mit welchem Personalaufwand (Anzahl und Vergütung der Bediensteten) wurden in 2018 und 2019 durchgeführt?		
40.	18	0600	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Welche technischen Geräte und Büroeinrichtungsgegenstände für welchen Bereich und für welche Liegenschaft wurden konkret angeschafft bzw. sollen angeschafft werden?	CDU	Bericht Seite 101
41.	18	0600	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte die Kosten für die Liegenschaft Salzburger Str. 21-25 erläutern.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 102-103
42.	18	0600	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Was sind nutzerspezifische Aufgaben der jeweiligen Dienststellen und wie werden diese definiert? Welche Kosten müssen im Doppelhaushalt 2022/2023 durch die jeweiligen Dienststellen im Rahmen der nutzerspezifischen Aufwendungen selbst getragen werden und wie hoch sind diese? Sind alle sicherheitstechnischen Maßnahmen der Justizvollzugsanstalten (z.B. Funkanlagen, Türschließsysteme usw.) nutzerspezifisch und welche Kosten werden von der BIM übernommen?	CDU	Bericht Seite 104-106
43.	18	0600	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Welcher Quadratmeterpreis verbirgt sich dahinter und wie wurde dieser für jede Dienststelle ermittelt? Wurden die jeweiligen Mietverträge seit der Unterzeichnung zwischenzeitlich verändert und wenn ja: in welchen Punkten? Wie haben sich die Mietkosten der jeweiligen Dienststellen in den letzten Jahren entwickelt? Erfüllen die Justizdienststellen die energetischen Voraussetzungen, wie wurde dies ermittelt und wie wird dies überprüft?	CDU	Bericht Seite 107-114

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Gibt es in jeder Dienststelle einen Facility Manager, welche Aufgaben hat dieser, wie ist die Stelle bewertet, ist eine Vertretungsregelung vorgesehen?		
44.	18 f.	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte die Abweichungen zwischen dem Ist für 2020 und 2021 und den Ansätzen erläutern.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 115
45.	18f.	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Welchen konkreten Zeitplan gibt es für den Justiz-Campus Moabit? Welche Planungen gibt es insoweit zur Schaffung einer Tiefgarage bzw. sonstiger PKW-Stellplätze? Welche konkreten Maßnahmen zur Barrierefreiheit in Dienstgebäuden sollen in 2022/2023 umgesetzt werden? Wie ist jeweils der Status der Dienstgebäude im Hinblick auf die Barrierefreiheit?	CDU	Bericht Seite 116-118
46.	18f.	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Aus welchen Gründen ist das IST 2020 so hoch? Was ist mit dem Titel genau gemeint? Welche Umbauten wurden vorgenommen?	FDP	Bericht Seite 119
	18f.	0600	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 350.000 Ansatz 2023: 350.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
				2022: + 200.000 2023: + 200.000			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Erhöhung des Ansatzes mit dem Ziel, weitere hochsichere Verhandlungsräume zu schaffen bzw. vorhandene Verhandlungsräume hochsicher zu ertüchtigen</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU, AfD, FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
47.	19	0600	52501	Aus- und Fortbildung	Aus welchem Grund ist die Quote der männlichen Teilnehmer an Fortbildungsmaßnahmen der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung seit Jahren stetig rückläufig? Was unternimmt die Senatsverwaltung, um auch eine Fortbildung ihrer männlichen Beschäftigten sicherzustellen?	CDU	Bericht Seite 120								
48.	20	0600	52610	Gutachten	Warum konnten die 2021 veranschlagten Mittel nicht ausgegeben werden?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 121								
49.	20	0600	52610	Gutachten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Welche Gutachten sollen in 2022 und 2023 gegenüber der Ist-Situation in 2020 dazukommen oder finanziell besser ausgestattet werden und weshalb? Nach den Richtlinien der Regierungspolitik für die 19. Wahlperiode dient die Studie „Zugang zum Recht“ dazu, den Zugang zu Recht und Justiz zu verbessern. Wer trägt dieses Forschungsprojekt und wer arbeitet an diesem mit? Welche Ergebnisse hat das Projekt bislang erbracht und welche konkreten Schlussfolgerungen ergeben sich daraus?	CDU	Bericht Seite 122-124								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Warum reichen die bisher erbrachten Vorschläge und Schlussfolgerungen nicht aus, so dass die Studie abgeschlossen werden könnte? Wer soll die Überprüfung von Strukturen bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden vornehmen? Welches Ziel hat die Überprüfung von Strukturen bei den Gerichten und Strafverfolgungsbehörden?		
50.	20, 38, 47, 58, 71, 82, 87, 95, 110, 120, 138, 146, 152, 160, 165, 172, 177, 185, 196, 210, 227, 252, 262, 272,	0600, 0601, 0605, 0611, 0612, 0613, 0614 ^(Neu) , 0615, 0616, 0619, 0623, 0625, 0626, 0628, 0630, 0631, 0632, 0641, 0642, 0651, 0661, 0663, 0664, 0666,	52703	Dienstreisen	Inwiefern wird darauf geachtet und sichergestellt, dass die CO2-Bilanz bei Dienstreisen reduziert wird? Wird geplant dass die Dienstreisen in den Jahren 2022 und 2023 insgesamt klimaneutral stattfinden (z.B. durch Ausgleich)? Ist neben dem Niedrigen Ist aus 2020 die Änderung von § 2 Abs. 1 S. 4 BRKG berücksichtigt worden?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 125-126

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
	282, 292, 298, 305, 312	0668, 0669, 0671, 0672, 0691						
51.	20	0600	52703	Dienstreisen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023, insbesondere vor dem Hintergrund, dass auch Videokonferenzen inzwischen ein probates und bewährtes Mittel des Austausches sind. Hält der Senat angesichts der selbstgesteckten Klimaziele sowie der technischen Möglichkeiten von Videokonferenzen die angesetzten Kosten von 55.000 Euro bzw. 80.000 Euro für gerechtfertigt? Welche konkreten Dienstreisen sollen hiervon durch wen und wann realisiert werden?	CDU	Bericht Seite 127-128	
	20	0600	52703	Dienstreisen	Ansatz 2022: 55.000 Ansatz 2023: 80.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
2022: - 20.000 2023: - 15.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung				wurde durch die CDU-Fraktion zurückgezogen 2022: - 5.000 2023: - 8.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass Dienstreisen				

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Ja	SPD, Grüne, CDU, Linke, AfD, FDP			weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils 10% erscheint daher vertretbar.			
Nein	–						
Enthaltung	–						
Ergebnis:	einstimmig angenommen						
52.	20	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023, insbesondere bei der Position „Berliner Landesrecht im Internet“ und „Öffentlichkeitsarbeit Justiz und Rechtsstaat“. Welche konkreten Ausgaben werden als Öffentlichkeitsarbeit in Justiz und Rechtsstaat für die Jahre 2022/2023 geplant und was wurde insoweit zu welchen Kosten im Jahr 2021 realisiert?	CDU	Bericht Seite 129-130
53.	20	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Aus welchen Gründen wurde gemäß des Ansatzes unter 3. zukünftig von der Übersetzung in die leichte Sprache abgesehen?	FDP	Bericht Seite 131
	20	0600	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Ansatz 2022: 135.000 Ansatz 2023: 115.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						2022: +/- 0 2023: + 5.000	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<p>Nr. 4 Zentrale Anlaufstelle für Opfer und Betroffene von Terroranschlägen und Großschadensereignissen</p> <p>Ansatz 2022 15.000 +/- 0 Ansatz 2023 10.000 + 5.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Ansatz für 2022 in Höhe von 15.000 € sollte auch für 2023 fortgeschrieben werden, zumal dem Opferschutz ein besonderes Augenmerk eingeräumt werden muss.</p> <p>b) Titelerläuterung: Der Teilansatz Nr. 4 für Jahr 2023 beträgt 15.000 €</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
54.	21	0600	53108	Betreuung von Besucherinnen und Besuchern	Welche Bedeutung hat die Städtepartnerschaft mit Peking für die Berliner Justiz und welche Maßnahmen zur Intensivierung des Erfahrungsaustauschs sind insoweit geplant?	CDU	Bericht Seite 132								
55.	21	0600	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Woraus resultiert die angesetzte Vervielfachung der Kosten für Ausschreibungen, Bekanntmachungen im Verhältnis zum Ist 2020?	CDU	Bericht Seite 133								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
56.	21	0600	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 134-135	
	21	0600	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Ansatz 2022: 38.200 Ansatz 2023: 55.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
2022: +/- 0 2023: - 18.000								
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung								
Ja		SPD, Grüne, Linke						
Nein		CDU, AfD, FDP						
Enthaltung		–						
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen						
57.	21	0600	54003	Geschäftsprozess-optimierung	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Womit ist das geringe Ist und womit die Ansatzserhöhung zu begründen? Welche konkreten Maßnahmen sind insoweit geplant, um den Aufwuchs um knapp 850.000 gegenüber dem Ist 2020 zu rechtfertigen? Wer wird diese Optimierungsprozesse begleiten / umsetzen?	CDU	Bericht Seite 136-137	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
58.	21	0600	54003	Geschäftsprozess-optimierung	Was ist hier gemeint? Was genau sollte in 2020/2021 optimiert werden? Was wurde in 2020/2021 optimiert? Was genau ist hier für 2022/2023 geplant?	FDP	Bericht Seite 138-139
	21	0600	54003	Geschäftsprozess-optimierung	Ansatz 2022: 1.006.000 Ansatz 2023: 1.006.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 156.000 2023: - 64.000							
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		CDU, AfD					
Enthaltung		–					
Nichtteilnahme		FDP					
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen					
59.	22	0600	54010	Dienstleistungen	<ul style="list-style-type: none"> Teilansatz 10: Sind die Mittel für die Forensische Datenanalyse ausreichend? Was war das IST 2021 für den Teilansatz? Teilansatz 13: Welche Maßnahmen sind geplant und wie ist der Projektplan? Teilansatz 14: Welche Maßnahmen sind geplant? 	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 140-141

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
60.	22	0600	54010	Dienstleistungen	<p>Bitte um Erläuterung des Ist und wieso im Vergleich zum Ist die Ansätze für 2022 und 2023 in der Summe wesentlich höher sind.</p> <p>Welche konkreten Dienstleistungen sind zur Umsetzung des Gesundheitspakt Justizvollzug geplant? Wer ist Träger dieser Dienstleistungen?</p> <p>Welches Ergebnis hat die Evaluierung Pilotprojekt im Amtsgericht Neukölln zur Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten in den Berufszweigen der Justiz ergeben?</p> <p>Welches Ziel hat das Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“? Wer soll dieses Modellprojekt durchführen und wofür sollen die Mittel verwendet werden? Was wird im Rahmen dieses Modellprojekts wie ermittelt?</p> <p>Welches Ziel hat das Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragstellen“? Was wird im Rahmen dieses Modellprojekts wie ermittelt? Wer soll dieses Modellprojekt durchführen und wofür sollen die Mittel insoweit verwendet werden?</p> <p>Welches Ziel wird mit dem Projekt „Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz“ angesichts der hohen Frauenquote im Justizbereich konkret verfolgt?</p>	CDU	Bericht Seite 142-145
61.	22	0600	54010	Dienstleistungen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wie schlüsseln sich die Ausgaben unter Nr. 11 “Richter in die Schulen/Jugendgerichtsprojekte/Rechtskundepakete-gemeinsames Projekt mit SenBildJugFam” auf? 2. Wie schlüsseln sich die Ausgaben unter Nr. 12 “Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz” auf? 3. Wie schlüsseln sich die Ausgaben unter Nr. 13 “Modellprojekt Zustellung von Räumungsklagen” auf? 4. Wie schlüsseln sich die Ausgaben unter Nr, 14 “ 	AfD	Bericht Seite 146-147

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Modellprojekt Ausbau Beratungshilfe und Rechtsangelegenheiten" auf?		
62.	22	0600	54010	Dienstleistungen	Zu 4.: Wurde die „Evaluierung Pilotprojekt Neukölln zur Erhöhung des Anteils von Migrantinnen und Migranten in den Berufszweigen der Justiz“ abgeschlossen? Mit welchem Ergebnis? Zu 12. Welche „Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz“ sind hier geplant? Zu 14. Wie sieht das Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragstellen“ aus? Wo wird konkret investiert?	FDP	Bericht Seite 148-149
	22	0600	54010	Dienstleistungen	<p style="text-align: right;">Ansatz 2022: 962.000 Ansatz 2023: 1.139.000</p> <p style="text-align: right;">VE 2022: 1.390.000 davon fällig 2023: 430.000 davon fällig 2024: 430.000 davon fällig 2025: 430.000 davon fällig 2026: 100.000</p>		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
				2022: + 1.287.000 2023: + 1.369.000		2022: + 5.000 2023: + 5.000	2022: - 10.000 2023: - 50.000
				VE 2022 + 1.374.600 Davon fällig 2024: + 1.374.600		Nr. 3 externe Beratungsdienstleistung Gesundheitspakt Justizvollzug	13. Modellprojekt „Zustellung von Räumungsklagen“

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i>	2022 60.000 + 15.000 2023 60.000 + 15.000		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> <i>Das Modellprojekt ist überflüssig und bindet unnötig Ressourcen und Gelder.</i>
			- Die Mittel für Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz werden halbiert. Das erscheint vertretbar und sachgerecht, da der Frauenanteil in der Justiz bereits über 50% liegt.	Nr. 12 Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz	2022 10.000 - 10.000 2023 10.000 - 10.000	Ja Nein Enthaltung	CDU, FDP SPD, Grüne, Linke AfD
			- Die Finanzierung der Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House) muss dauerhaft gesichert werden. Die Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House) soll daher nicht länger über Zuschüsse, sondern auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages erfolgen. Die bisher in Kapitel 0600 Titel 68406 angesetzten Mittel werden somit hier in Kapitel 0600 Titel 54010 (Dienstleistungen) ausgewiesen und zusätzlich durch eine VE für 2024 gesichert. Auf dieser Grundlage ist der Abschluss eines Dienstleistungsvertrages für drei Jahre möglich; über die	Nr. 14 Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragstellen“	2022 100.000 +/- 0 2023 250.000 +/- 0	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
					a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Zu Teilansatz Nr. 3: Der Gesundheitspakt Justizvollzug ist ein wichtiges Anliegen. Daher ist der ursprüngliche Ansatz aus 2021 in Höhe von 75.000 €(0600/ 52610 Nr. 3) fortzuschreiben. Begründung zum Änderungsantrag zu Teilansatz Nr. 12: Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz sind nicht notwendig. Zum einen sollten die Grundsätze der Bestenauslese und der freien Berufswahl gelten und zum anderen können die Ziele bei der		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>Fortsetzung ist im Haushalt 2024/25 zu entscheiden.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Erläuterung Nr. 12 wird wie folgt gefasst: „12. Dienstleistungen zur Frauenförderung und mehr Diversität in der Justiz 2022: 5.000€ 2023: 5.000€ 2021: ---€“ - Folgende Erläuterung Nr. 15 wird angefügt: „15. Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House“) 2022: 1.292.100€ 2023: 1.374.600€ 2021: ---€“ - Die Additionszeilen unterhalb der neuen Nr. 15 werden wie folgt gefasst: „2022: 2.248.500€ 2023: 2.508.000€ 2021: 871.400€ 2022 rd.: 2.249.000€ 2023 rd.: 2.508.000€“ 	<p>Personalentwicklung Berücksichtigung finden, ohne dass hierfür besonderer Mittel erforderlich wären.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</p> <p>Der Teilansatz Nr. 3 für die Jahre 2022/2023 beträgt 75.000 € Der Teilansatz Nr. 12 für die Jahre 2022/2023 beträgt 0 €</p> <p>c) Verbindliche Erläuterung und Auflage zu Teilansatz Nr. 14: „Das Modellprojekt „Ausbau Beratungshilfe und Rechtsantragstellen“ wird auf seine Wirksamkeit hin evaluiert. Dem Ausschuss für Verfassungs- und Rechtsangelegenheiten, Geschäftsordnung, Antidiskriminierung wird ein Bericht über die Evaluation (Zielerreichung, Wirkung und Wirtschaftlichkeit) bis zum 30.06.2023 vorgelegt.“</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				2021 rd.: 872.000€ <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU und FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	CDU und FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	AfD	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	CDU und FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	AfD														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
63.	23	0600	54053	Veranstaltungen	Bitte um Erläuterung des Ist und wieso im Vergleich zum Ist die Ansätze für 2022 in der Summe wesentlich höher sind. Welches Ist bei der Ausrichtung der Justizministerkonferenz 2021 angefallen?	CDU	Bericht Seite 150								
64.	23	0600	54615	Entgelte für Statistikleistungen aufgrund von Servicevereinbarungen	Womit ist die Ansatzreduzierung für 2022 und 2023 gegenüber dem Ist für 2020 zu begründen?	CDU	Bericht Seite 151								
65.	23	0600	63102	Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen	Womit ist die Ansatzreduzierung für 2022 und 2023 gegenüber dem Ist für 2020 zu begründen?	CDU	Bericht Seite 152								
	23	0600	63102	Ersatz von Personalausgaben an den Bund bei Abordnungen und Versetzungen	Ansatz 2022: 1.000 Ansatz 2023: 1.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
				FDP											

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>2022: + 109.000 2023: + 109.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Die bisherigen Ansätze sind nur Merkposten. Jedoch ergibt sich aus dem Ist 2020, dass mit 110.000€ zu rechnen ist. Die Änderung erfolgt daher mit dem Ziel der Haushaltsklarheit.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU, AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
66.	24	0600	63207	Anteil an gemeinsamen Einrichtungen der Länder	Womit ist die Ansatzserhöhung für 2022 und 2023 zu begründen? Womit sind die einzelnen Ansatzserhöhungen bei den unter a-g) genannten Ausgaben zu begründen?	CDU	Bericht Seite 153-154								
67.	24	0600	63302	Ersatz von Ausgaben an Jugendhilfeträger	Womit ist das geringe Ist im Vergleich zum Ansatz für 2020 und die Ansatzserhöhung für 2022 und 2023 zu begründen? Erbitten Sachstandsbericht zu den 10 Therapieplätzen in Einrichtungen der Jugendhilfe. Welche Auslastung gab es in den Jahren 2020 und 2021?	CDU	Bericht Seite 155								
68.	24	0600	68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	Womit ist die Ansatzreduzierung für 2022 und 2023 gegenüber dem Ist für 2020 zu begründen?	CDU	Bericht Seite 156								
69.	24	0600	68102	Entschädigungen, Ersatzleistungen	Hat die Senatsverwaltung ein Konzept für die Reduzierung der Entschädigung für Strafverfolgungsmaßnahmen?	FDP	Bericht Seite 157								
70.	24	0600	68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungs-	1. Wir bitten darzustellen, inwieweit die Kosten für eine energieeffiziente Sanierung und mit welchen Maßnahmen in	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 158-159								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
				mittel an das SILB	den angesetzten Kosten für den Umbau und Grundsanierung der Teilanstalt III der JVA Tegel enthalten sind. 2. Wir bitten darzustellen, welche Maßnahmen zur energieeffizienten Sanierung des Hauses 8 der Jugendstrafanstalt in dem Ansatz enthalten sind.			
71.	24	0600	68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB	Erbitten konkrete Angabe zur Mittelverwendung hinsichtlich der genannten Einrichtungen. Was ist wann in welchem Zeitraum wofür vorgesehen? Es wird um einen aktuellen Planungsstand für den Neubau der Versorgungsküche in der JVA Plötzensee gebeten. Es wird um einen aktuellen Planungsstand für den Umbau und die Grundsanierung der Teilanstalt III der JVA Tegel gebeten. Entsprechen bei der Teilanstalt III der JVA Tegel nach der geplanten Sanierung 2022 und 2023 alle Einrichtungen den aktuell geltenden Richtlinien für Gefangene? Wenn nein, warum nicht? Entsprechen bei der Teilanstalt III der JVA Tegel nach der geplanten Sanierung 2022 und 2023 alle Einrichtungen den aktuellen Standards bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Mitarbeiter? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 160-161	
	24	0600	68262	Zuschüsse für Bauvorbereitungsmittel an das SILB	Ansatz 2022: 100.000 Ansatz 2023: 100.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
				2022: + 200.000 2023: + 200.000		2022: - 100.000 2023: - 100.000		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Verdreifachung des Ansatzes mit dem Ziel, den Beginn der Baumaßnahmen in der JVA Plötzensee, der JVA Tegel und der Jugendstrafanstalt zu beschleunigen.	a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Begründung zum Änderungsantrag: Die Ansätze für 2022 und 2023 sind zu streichen, da der eingeschlagene Weg des Senats, die Vollzugsanstalten zu sanieren statt neu zu bauen, nicht sachgerecht ist.		
				Ja	CDU	Ja	AfD
				Nein	SPD, Grüne, Linke, AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP
				Enthaltung	FDP	Enthaltung	–
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
72.	25	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	<ol style="list-style-type: none"> Wir bitten darzustellen, wie sich die Kosten für Projekte im Förderbereich „Gewaltschutzprävention und Opferschutz“ auf die Bereiche Gewaltschutzambulanz, Kinderschutzambulanz und Childhood-House im Einzelnen aufschlüsseln. Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen die Kosten für das Childhood-House nunmehr als Teil der Kosten für die Gewaltschutzambulanz geführt werden. Welche weiteren Maßnahmen mit der Zielrichtung Opferschutz sind geplant und in welcher Höhe (gegebenenfalls in anderen Titeln) veranschlagt? Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen für die Beratung für Männer – gegen Gewalt für das Jahr 2022 von geringeren Kosten als für das Jahr 2021 ausgegangen wird. Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen der Ansatz 2022 für Projekte im Förderbereich „Opfer/Zeugen“ im Vergleich zu 2021 gesunken ist. 	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 162-166

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					<p>6. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund bei Projekte im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“ der Posten Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit doppelt angesetzt ist.</p> <p>7. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund bei Projekten im Förderbereich „Arbeit statt Strafe“ der Posten Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit im ersten Fall für das Jahr 2022 ein geringerer Ansatz angenommen wurde als 2021.</p> <p>8. Wir bitten den Unterschied zwischen den Posten „Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit“ und dem Posten „Arbeit statt Strafe – Sozialpädagogisch betreute Beschäftigungseinrichtung“ darzustellen.</p> <p>9. Wir bitten darzustellen, wie sich die Kosten für „Hafträume & Kinderzimmer“ im Einzelnen aufschlüsseln.</p> <p>10. Wir bitten darzustellen, aus welchen Gründen die Ansätze 2022 für Berufsförderungsmaßnahmen in der JVA Lichtenberg und Plötzensee, sowie für die Beschäftigung im Bereich Garten- und Landschaftsbau in der JAA Berlin im Vergleich zu 2021 gesunken sind.</p>		
73.	25-28	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	<p>Erbitten Angabe der konkreten Gründe für die jeweilige Ansatzserhöhung und die jeweilige Ansatzreduzierung in 2022 und 2023 der aufgeführten Projekte gegenüber dem Ist 2020. Welche Maßnahmen sollen konkret von den eingestellten Projekten mit Ansatzserhöhungen unternommen werden? Welche Einrichtungen erhalten welche Mittel? Werden und wenn ja, wann die einzelnen Projekte evaluiert und mit welchem wo einsehbar Ergebnis? Wenn nein, warum nicht? Wie viele Teilnahmen gab es in 2020 und 2021 je aufgeführtem Projekt?</p>	CDU	Bericht Seite 167-401

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					<p>Trägt die Erhöhung der Zuschüsse an die Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House) deren zusätzlichen Aufgaben, (z.B. Schulung weiterer Kliniken, Dokumentation von Kriegsverletzungen) sowie den im Zuge der Pandemie gestiegenen Fallzahlen ausreichend Rechnung? Wird der Senat vorschlagen, die Tätigkeit der Gewaltschutzambulanz im geplanten Opferschutzgesetz gesetzlich zu verankern, und so endlich für die Charité Berlin Planungssicherheit bzgl. des Personalbedarfs der Gewaltschutzambulanz schaffen?</p> <p>Bezüglich des Projekts „Proaktiv Servicestelle für Betroffene von Straftaten“ wird um Bericht über die bisherige Tätigkeit gebeten. Das Besondere des Projekts soll das aktive Zugehen auf Betroffene sein (Inhaltsprotokoll des Rechtsausschusses vom 19.05.2021); wie viele Fälle hat es insoweit gegeben? Wie konnte jeweils geholfen werden?</p> <p>Das Projekt „Tilgung uneinbringlicher Geldstrafen durch gemeinnützige Arbeit“ wird zweimal aufgeführt. Gibt es zwei Projekte unter dieser Bezeichnung oder was ist sonst der Grund?</p> <p>Welche Evaluationsergebnisse gibt es bislang für den Runden Tisch zur Informationsversorgung und Betreuung ausländischer Gefangener sowie für die Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“?</p>		
74.	26	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Wie erklärt sich die Steigerung von 0 Euro (2021) über 110.000 Euro (2022) auf 815.000 Euro (2023) in der Position „Mittel für Tarifanpassungen bei den Zuwendungsempfängenden“?	CDU	Bericht Seite 402
75.	25-26	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder	1. Warum ergibt sich bei dem Projekt „iTOB“ eine Kostensteigerung von 381.600 € im Jahr 2022 zu 456.600	AfD	Bericht Seite 403-404

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				ähnliche Einrichtungen	<p>€im Jahr 2023? Wie schlüsseln sich die Kosten im Einzelnen auf?</p> <p>2. Warum ergibt sich bei dem Projekt "Proaktiv Servicestelle für Betroffene von Straftaten" eine Kostensteigerung von 344.400€im Jahr 2022 zu 711.500 €im Jahr 2023? Wie schlüsseln sich die Kosten im Einzelnen auf?</p> <p>3. Warum ergibt sich bei dem Projekt "Beratungsstelle für Opfer von Straftaten, Angehörige und Zeugen/Zeuginnen" eine Kostensteigerung von 550.610 €im Jahr 2022 zu 701.200 €im Jahr 2023? Wie schlüsseln sich die Kosten im Einzelnen auf?</p>		
76.	25	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Unter „Projekte im Förderbereich Arbeit statt Strafe“ Was ist die Sozialpädagogisch betreute Beschäftigungseinrichtung? Was sind die Beschäftigungen?	FDP	Bericht Seite 405
	25	0600	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen			<p>Ansatz 2022: 8.278.000</p> <p>Ansatz 2023: 9.731.000</p>
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
2022: +/- 0 2023: + 97.000				2022: - 1.222.000 2023: - 1.305.000		2022: - 827.800 2023: - 973.100	
a) Begründung zum Änderungsantrag Die im ersten Planjahr				Wurde durch die CDU-Fraktion zurückgezogen.		a) Begründung zum Änderungsantrag Eine Anhebung der Zuschüsse an	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage																				
<p>spendenfinanzierten Stellen des Childhood-House werden im zweiten Planjahr fortgeführt.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nichtteilnahme</td> <td>FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>				Ja	SPD, Grüne, CDU, Linke	Nein	–	Enthaltung	AfD	Nichtteilnahme	FDP	Ergebnis:	einstimmig angenommen	<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i></p> <p>- Die Finanzierung der Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House) muss dauerhaft gesichert werden. Die Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House) soll daher nicht länger über Zuschüsse, sondern auf der Grundlage eines Dienstleistungsvertrages erfolgen. Die in Kapitel 0600 Titel 68406 angesetzten Mittel werden somit in Kapitel 0600 Titel 54010 (Dienstleistungen) ausgewiesen und dort zusätzlich durch eine VE gesichert.</p> <p>- Erhöhung des Ansatzes um jeweils 70.000€ im Hinblick auf eine Ausweitung des Projekts „Vorbereitung, Beratung, Begleitung und Nachsorge im vollzuglichen Übergangsmanagement in der Jugendstrafanstalt Berlin“ oder die Förderung eines vergleichbaren weiteren Projekts für eine alternative Vollzugsvariante im Jugendstrafvollzug,</p>		<p>ausländischer Gefangener sowie Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“</p> <p>Ansatz 2022 142.700 +/- 0 Ansatz 2023 142.700 +/- 0</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Es muss sichergestellt sein, dass die religiöse Betreuung nicht für eine Radikalisierung im politischen oder religiösen Bereich missbraucht wird. Kritisch zu betrachten sind insbesondere aus dem Ausland gesteuerte und finanzierte sowie legalistisch operierende islamistische Organisationen. Die Ditib hat sich auf allen Ebenen für eine Zusammenarbeit disqualifiziert, solange sie der staatlichen türkischen Religionsbehörde Diyanet untersteht und als verlängerter Arm des totalitären Erdogan-Regimes fungiert.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Zu Teilansatz Nr. 3 Arbeitsfeld BVB Netzwerkarbeit, Informationsversorgung und Betreuung ausländischer</p>		<p>soziale oder ähnliche Einrichtungen ist richtig und notwendig. Ein – gegenüber dem Haushaltsentwurf – jeweils um 10 % gekürzter Ansatz ist weiterhin auskömmlich und zielführend. Von dieser Kürzung ist explizit die Gewaltschutzambulanz ausgenommen. Dieser wird zur langfristigen Planung zudem eine VE eingestellt.</p> <p>Auch nach Vornahme dieser Kürzung ist der Ansatz für 2022/2023 deutlich über den Ansätzen aus den Vorjahren angesiedelt.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, AfD	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	SPD, Grüne, CDU, Linke																										
Nein	–																										
Enthaltung	AfD																										
Nichtteilnahme	FDP																										
Ergebnis:	einstimmig angenommen																										
Ja	FDP																										
Nein	SPD, Grüne, Linke																										
Enthaltung	CDU, AfD																										
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																										

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>ähnlich dem „Seehaus e.V.“ in Baden-Württemberg.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</p> <ul style="list-style-type: none"> - Die Zeile „Gewaltschutzambulanz (inkl. Kinderschutzambulanz, Childhood-House)“ wird gestrichen. - Die Additionszeile zu „Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz“ wird wie folgt gefasst: „2022: 1.080.400€ 2023: 1.541.700€ 2021: 2.021.390€ - In der Zeile „Vorbereitung, Begleitung und Nachsorge im vollzuglichen Übergangsmanagement“ werden die Beträge wie folgt gefasst: „2022: 140.500€ 2023: 140.500€ 2021: 68.170€“ - Die Additionszeile zu „Arbeitsfeld Beratung und Betreuung von Inhaftierten/Übergangsmanagemen t“ wird wie folgt gefasst: 	<p>Inhaftierter – „Runder Tisch zur Informations-versorgung und Betreuung ausländischer Gefangener sowie Projektumsetzung „Religiöse Betreuung muslimischer Inhaftierter in den Justizvollzugsanstalten des Landes Berlin“: Eine Kooperation mit des Islamismus oder Autoritarismus Verdächtigen sowie mit von anderen Staaten fremdbestimmten Organisationen ist ausgeschlossen. In Zweifelsfällen ist eine Einschätzung des Verfassungsschutzes einzuholen.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ja</td> <td style="width: 50%;">AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td style="text-align: center;">–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				<p>„2022: 1.972.110€ 2023: 1.972.110€ 2021: 1.802.100€“</p> <p>- Die Zeilen „Summe“ der Tabelle „Projekte im Förderbereich „Gewaltprävention und Opferschutz““ werden wie folgt gefasst: „2022: 7.055.860€ 2023: 8.426.130€ 2021: 7.575.950€ 2022 rd.: 7.056.000€ 2023 rd.: 8.426.000€ 2021 rd.: 7.576.000€“</p> <p>c) Anbringung Haushaltsvermerke: Sperrvermerk betreffend 711.500€ im Ansatz 2023 für das Projekt „Proaktiv Servicestelle für Betroffene von Straftaten“. Die Aufhebung bedarf der Zustimmung des Hauptausschusses des Abgeordnetenhauses.</p> <p>Begründung: Da das Projekt im Jahr 2022 evaluiert wird, sind die Ergebnisse der Evaluation zunächst auszuwerten.</p>			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
77.	29	0600	51135 MG32	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 406-407
	29	0600	51135 MG32	Digitalisierung optimierter Geschäftsprozesse nach dem EGovG Bln	Ansatz 2022: 566.000 Ansatz 2023: 566.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
Ansatz 2022: - 66.000 Ansatz 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		AfD					
Enthaltung		CDU, FDP					
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen					
78.	29	0600	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Bitte um Erläuterung des Ist 2020. Erbitten Angabe zur Verwendung/zum Verbleib der über Verpflichtungsermächtigungen bereit gestellten Mittel.	CDU	Bericht Seite 408
79.	29	0600	81230 (neu) MG32	Neuerkabelung Campus Moabit	Es wird um einen aktuellen Planungsstand inkl. Zeitplan der Maßnahme gebeten.	CDU	Bericht Seite 409

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
80.	30	0600	81259	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrensabhängige IKT	Erbitten Sachstandsbericht zur Mittelverwendung in den Jahren 2020 und 2021. Weiter wird um einen aktuellen Sachstand für die Weiterentwicklung und Migration des Justizaktenmanagements (JAM) gebeten.	CDU	Bericht Seite 410
81.	33-34	0600	001179 005529 80884	Produkt-darstellung Tierschutzbeauftragte des Landes Berlin	Ressortiert die Tierschutzbeauftragte des Landes Berlin noch bei der Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung? Oder bei der Senatsverwaltung für Umwelt, Mobilität, Verbraucher und Klimaschutz? Letzteren falls: Welche weiteren Korrekturen sind im Epl. 06 insoweit vorzunehmen?	CDU	Bericht Seite 411
82.	35	0600	div.	div.	Wie lassen sich die deutlich gestiegenen Fehlbeträge im politisch-administrativer Bereich und Service der Justizverwaltung haushälterisch begründen und politisch rechtfertigen?	CDU	Bericht Seite 412
Kapitel 0601 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung – Landesstelle für Gleichbehandlung gegen Diskriminierung (Landesantidiskriminierungsstelle) -							
83.		0601	über-greifend	übergreifend	Darstellung und fachliche Begründung des Aufbaus, Struktur und personeller Besetzung der Abteilungen V und VI sowie Darstellung der Unterschiede zur bisherigen Zusammensetzung.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 413-415
84.		0601		Landesantidiskriminierungsstelle	Welche Personal- und Sachmittel stehen der LADG-Ombudsstelle zur Verfügung? Wie schätzt die Senatsverwaltung den tatsächlichen Bedarf ein?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 416-417
85.	35	0601	div.	div.	Wieso ist Rechtsextremismus als Schwerpunkt der Arbeit der Landesantidiskriminierungsstelle benannt, aber Linksextremismus und Ausländerextremismus nicht?	CDU	Bericht Seite 418
86.	div.	0601	div.	div.	In welchem Umfang, an welcher Stelle und in welcher Höhe (einzeln und gesamt) sind Mittel für Projekte gegen und zur Vorbeugung von Linksextremismus und Ausländerextremismus eingeplant?	CDU	Bericht Seite 419

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
87.		0601	über-greifend	Antisemitismus-bekämpfung	In welchen Kapiteln und Titeln sind Aufwendungen für den Kampf gegen den Antisemitismus enthalten?	CDU	Bericht Seite 420
88.	36	0601	Allgemeine Erläuterung	Prävention Gruppenbezogener Menschenfeindlichkeit	Warum wird die Menschenfeindlichkeit gegenüber Menschen muslimischen Glaubens als „Rassismus“ bezeichnet? Liegt der Grund für diese Menschenfeindlichkeit nicht vielmehr in der Ablehnung des Islam, einer Religion, der Menschen verschiedenster Völker (sog. „Rassen“ existieren ohnehin nicht) angehören?	CDU	Bericht Seite 421
89.	36	0601	div.	Gender Budgeting Landesantidiskriminierungsstelle	Wie bewertet der Senat die genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur der Landesantidiskriminierungsstelle im Hinblick auf die mehrheitlich weiblichen Führungskräfte und Mitarbeitenden? Welche Konsequenzen ergeben sich hieraus für die Arbeit der Stelle, z.B. auch im Umgang mit Männern?	CDU	Bericht Seite 422
90.	37	0601	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 423
	37	0601	11921	Rückzahlungen von Zuwendungen	Ansatz 2022: 100.000 Ansatz 2023: 100.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						2022: + 100.000 2023: + 100.000	
a) Begründung zum Änderungsantrag Durch den Mehransatz (Einnahmen) wird eine Anpassung an den IST-Wert vorgenommen.							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion		Seite Sammelvorlage	
						Ja	Nein		
						Ja	CDU, FDP		
						Nein	SPD, Grüne, Linke		
						Enthaltung	AfD		
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
91.	37	0601	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Personalaufwuchses unter Darlegung der genauen Stellen und Stellenbeschreibungen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 424		
92.	37	0601	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Mit welchem Aufgabenkreis sind die zusätzlichen Stellen betraut und wo sollen diese eingesetzt werden?	CDU	Bericht Seite 425-426		
93.	37	0601	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wie erklärt sich die Steigerung der Beamtenbezüge von 365.000 €im Ansatz 2022 auf 473.000€im Ansatz 2023?	AfD	Bericht Seite 427		
94.	37	0601	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Hat die Diskriminierung derart zugenommen, dass die Mittel hier von 2021 zu 2023 mehr als verdoppelt werden müssen? Welche Pläne hat die Senatsverwaltung bzgl. der Größe der LADS (Mitarbeiteranzahl- Beamtinnen und Beamte)?	FDP	Bericht Seite 428		
	37	0601	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Ansatz 2022: 365.000 Ansatz 2023: 473.000				
Änderungsanträge der Fraktionen									
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU			AfD		FDP

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage										
				<p>2022: 2023: - 90.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Einsparung durch Wegfall der neuen für 2023 vorgesehenen A16-Stelle. Die LADS ist auch ohne diese Stelle auskömmlich besetzt, da sie bereits jetzt voll arbeitsfähig ist.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Nichtteilnahme</td> <td>FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Nichtteilnahme	FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU, AfD																
Nein	SPD, Grüne, Linke																
Enthaltung	–																
Nichtteilnahme	FDP																
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																
95.	37	0601; 0605	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Bitte um Erläuterung und Abgabe der Anzahl der freien Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter einschließlich der Einordnung in eine Entgeltgruppe. Inwiefern werden die Honorare und inwiefern die Anzahl der Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter erhöht (bitte für die Kapitel 0601 und 0605 gesondert darstellen)? Mit welchen Dienstleistern erfolgt die Zusammenarbeit, wie viele Personen sollen über welchen Zeitraum geschult/trainiert werden?	CDU	Bericht Seite 429-430										
	37	0601	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Ansatz 2022: 20.000 Ansatz 2023: 20.000												

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									
						<p style="text-align: center;">2022: - 20.000 2023: - 20.000</p> <p>a) Begründung zum Änderungsantrag: Die Berliner Verwaltung ist als Exekutive an Recht und Gesetz gebunden und muss per se diskriminierungsfrei handeln. Schulungen und Veranstaltungen im Zusammenhang mit Maßnahmen zum Abbau von Diskriminierung können „Inhouse“ kostengünstig organisiert werden.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ja</td> <td style="width: 50%;">AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke, FDP	Enthaltung	CDU	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke, FDP														
Enthaltung	CDU														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
96.	37	0601	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Personalaufwuchses unter Darlegung der genauen Stellen und Stellenbeschreibungen.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 431-434								
97.	37	0601	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Warum wird der Ansatz so stark erhöht? Wie viele Stellen werden geschaffen? Bitte um Angabe des Einsatzgebietes der neu geschaffenen Stellen. Mit welchem	CDU	Bericht Seite 435-439								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
					Aufgabenkreis sind die zusätzlichen Stellen betraut und wo sollen diese eingesetzt werden?			
98.	37	0601	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Wie erklärt sich die Steigerung der Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten?	AfD	Bericht Seite 440-444	
99.	37	0601	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Hat die Diskriminierung derart zugenommen, dass die Mittel 2023 im Vergleich zu 2021 verdoppelt werden müssen? Welche Pläne hat die Senatsverwaltung bzgl. der Größe der LADS (Mitarbeiteranzahl- Tarifbeschäftigte)?	FDP	Bericht Seite 445-446	
	37	0601	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 2.054.000 Ansatz 2023: 2.074.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
				2022: - 35.000 2023: - 35.000				
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> - Einsparung von 70.000€ durch Wegfall der neuen E13-Stelle für die LADS-Ombudsstelle. Diese Stelle ist nicht nötig. Verglichen mit den Pensen etwa für Richterinnen und Richter am Amtsgericht ist die LADS-Ombudsstelle gegenwärtig auskömmlich besetzt. - Andererseits Schaffung einer				

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				halben E13-Stelle für eine wissenschaftliche Evaluierung, welche Träger im Bereich Antisemitismusarbeit in ihrer Arbeit so zu verstetigen sind, dass sie institutionell gefördert werden sollten.			
				Ja	CDU, AfD, FDP		
				Nein	SPD, Grüne, Linke		
				Enthaltung			
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
100.	37	0601	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung zwischen Ansatz und dem IST 2021.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 447
101.	37	0601	42890	Entgelte der Tarifbeschäftigten aus zweckgebundenen Einnahmen	Bitte um Erläuterung zwischen Ansatz und dem IST 2021.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 448
102.	37	0601	44100	Beihilfen für Dienstkräfte	Wie erklärt sich die Steigerung der Beihilfen für Dienstkräfte von 1.200 € im Ansatz 2021 auf 5.600€ im Ansatz 2022?	AFD	Bericht Seite 449
103.	38	0601	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Bitte um Erläuterung für die Mietkostensteigerung.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 450
104.	38	0601	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Wo sollen die Räumlichkeiten zu welchen Bedingungen angemietet werden? Welche Räume werden in welchem Umfang angemietet? Inwieweit wurden vor der beabsichtigten Anmietung externer Räume die Nutzung von Räumlichkeiten des Landes Berlins geprüft? Welche Räume wurden konkret geprüft und aus welchem Grund verworfen?	CDU	Bericht Seite 451-452

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage																
					Warum verdoppelt sich der Ansatz jeweils von 2021 zu 2022 und von 2022 zu 2023?																		
105.	38	0601	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Wie erklärt sich die Steigerung von 60.000 € im Ansatz 2022 auf 120.000 € im Ansatz 2023?	AfD	Bericht Seite 453																
106.	38	0601	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Die Kosten vervierfachen sich von 2021 zu 2023. Welche konkreten Pläne hat die Senatsverwaltung hier? Was soll angemietet werden?	FDP	Bericht Seite 454																
	38	0601	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Ansatz 2022: 60.000 Ansatz 2023: 120.000																		
Änderungsanträge der Fraktionen																							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP															
				2022: - 15.000 2023: - 30.000		2022: - 30.000 2023: - 90.000																	
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Der verringerte Ansatz entspricht dem Ansatz für andere vergleichbare Einrichtungen. So beträgt die Jahresmiete für die Sozialberatung, Rubensstraße 111, nur 42.306€, für die Sozialen Dienste, Buschkrugallee 95, nur 89.327€</p>		<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Berlin braucht nach wie vor kein LADG und somit auch keine Stärkung der Ansätze.</p>																	
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> </table>		Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	CDU, AfD, FDP																						
Nein	SPD, Grüne, Linke																						
Enthaltung	–																						
Ja	AfD																						
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> </table>		Ja	–	Nein	–	Enthaltung	–												
Ja	–																						
Nein	–																						
Enthaltung	–																						

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
	38	0601	52703	Dienstreisen	Ansatz 2022: 7.400 Ansatz 2023: 7.400		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
				2022: - 700 2023: - 700			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils knapp 10% erscheint daher vertretbar.			
				Ja	CDU, AfD, FDP		
				Nein	SPD, Grüne, Linke		
				Enthaltung	–		
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
107.	38	0601	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Welche Druckerzeugnisse, Online-Dokumentationen, Video-Spots und Informationskampagnen sind zu welchen Themen vorgesehen und/oder bereits in konkreter Planung?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 455-456

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
108.	38	0601	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Welche Veröffentlichungen und Dokumentationen entstehen in welchen Medien? Welche Gründe/Bedarfe liegen diesen Veröffentlichungen zugrunde? Wie hoch sind die Auflagen bzw. die angestrebten digitalen Kontakte? Wie wird evaluiert, ob und in welchem Maße diese Veröffentlichungen angenommen werden?	CDU	Bericht Seite 457-458
	38	0601	53101	Veröffentlichungen und Dokumentationen im Rahmen der Öffentlichkeitsarbeit	Ansatz 2022: 55.000 Ansatz 2023: 55.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						FDP	
						<p style="text-align: center;">2022: - 15.000 2023: - 15.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Begründung zum Änderungsantrag: Die Ansätze wurden seit 2019 (40.000 €) sukzessive erhöht. In der derzeitigen Krisenzeit (Pandemiebewältigung und Ukraine-Krieg) muss sich auf die Kernaufgaben konzentriert werden, sodass die Ansätze zu reduzieren sind.</p>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
112.	38	0601	54010	Dienstleistungen	<ol style="list-style-type: none"> Wie erklärt sich der erhebliche Anstieg des Ansatzes von 2020 auf 2021? Welche Maßnahmen und Projekte fallen unter „Maßnahmen im Zusammenhang mit der [...]“ und wer sind die beteiligten Akteure? Welcher Dienstleister wird unter „Geschäftsbesorgungsvertrag“ beauftragt? 	AfD	Bericht Seite 467-468
	38	0601	54010	Dienstleistungen	<p style="text-align: right;">Ansatz 2022: 1.037.000 Ansatz 2023: 1.174.000</p> <p style="text-align: right;">VE 2022: 966.000 davon fällig 2023: 316.000 davon fällig 2024: 322.000 davon fällig 2025: 328.000</p>		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
				2022: - 157.000 2023: -157.000 VE 2022 - 966.000		2022: - 668.000 2023: - 668.000 VE 2022: - 316.000	
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> - Der Ansatz ist um jeweils 150.000 € zu mindern, die für die LADS-Akademie vorgesehen sind (Sammelvorlage Nr. 109, Seite 2, und Nr. 111, Seite 4). Es ist nicht		a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> In dem Titel werden rund 316.000 Euro pro Jahr für den Geschäftsbesorgungsvertrag mit einem Dienstleister eingeplant, dem Aufgaben auf dem Gebiet der Zuwendungen übertragen	
						a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Ein Aufwuchs der Mittel für Dienstleistungen im Sinne dieses Titels ist richtig und notwendig. Nach hiesigem Dafürhalten ist jedoch ein – gegenüber den durch den	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>ersichtlich, was für eine Art von Akademie das sein soll; hier droht eine weitere Ausuferung der Verwaltung. Alle Aufgaben, die der LADS-Akademie zugeordnet sind, können von der allgemeinen Verwaltung erledigt werden.</p> <p>- Eine weitere Minderung um jeweils 52.000€ betrifft den geplanten Betrieb und die Weiterentwicklung der „AnDi-App“ (Sammelvorlage Nr. 109, Seite 1, und Nr. 113, Seite 1). Diese App ist überflüssig. Sie soll einerseits Informationen zum Thema Diskriminierung und Gleichbehandlung zur Verfügung stellen; solche Informationen sind jedoch im Internet, auch auf den Seiten der SenJustVA, reichlich vorhanden. Zum anderen soll die App die Möglichkeit bieten, Diskriminierungs-Vorfälle zu melden; das wird jedoch ab Ende 2022 bereits über die bis dahin entwickelte Polizei-App möglich sein.</p> <p>- Dem gegenüber sind jeweils 45.000€ für ein Umsetzungsprogramm zur Studie „israelfeindliche</p>	<p>werden sollen (Zuwendungssachbearbeitung, Verwendungsnachweisprüfung). Dies umfasst die Beleihung des Auftragnehmers in der Funktion als Bewilligungsstelle für Förderprojekte der Landesstelle für Gleichbehandlung - gegen Diskriminierung (LADS) und die Verwendungsnachweisprüfung. Es ist abzulehnen, eine derart wichtige hoheitliche Aufgabe (Bewilligung und Prüfung von Zuwendungen) an einen Dritten zu übertragen, zumal es Kritik an der Prüftintensität und an einzelnen Ermessensentscheidungen des Dienstleisters gibt. Aus diesem Grund ist auch die Verpflichtungsermächtigung für 2022 in Höhe von 316.000 € zu kürzen..</p> <p>Für die LADS-Akademie sind in beiden Haushaltsjahren jeweils bis zu 150.000 Euro (Diversity-Landesprogramm) aus dem Titel eingeplant. Unabhängig von der Frage, ob die Maßnahmen einen wissenschaftlich belegbaren Nutzen haben, kann das Ziel im eigenen Verantwortungsbereich mittels geeigneter Personalentwicklung und gelebter Praxis vorangetrieben werden. Die Mittel</p>	<p>Haushaltsentwurf vorgeschlagenen Ansätzen für die jeweiligen Haushaltsjahr – jeweils 10 % gekürzter Ansatz weiterhin auskömmlich und in Anwendung des haushälterischen Grundsatzes der Sparsamkeit zielführend.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	AfD, FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage																
				<p>Boykottkampagnen“ (Sammelvorlage Nr. 111, Seite 2 unten) vorzusehen.</p> <p>- Die Verpflichtungsermächtigung über 966.000 € dient dem Abschluss eines Geschäftsbesor-gungsvertrages betreffend die Zuwendungssachbearbeitung und die Prüfung der Verwendungsnachweise. Bisheriger Geschäftsbesorger war die Zukunft im Zentrum GmbH. Das Outsourcing dieser Aufgaben hat sich in der Vergangenheit nicht bewährt; diese Aufgaben sind daher von der Verwaltung selbst zu erledigen.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	<p>sind daher nicht notwendig.</p> <p>Des Weiteren sind für die Weiterentwicklung der LADS-Kampagne, für die Durchführung einer Infokampagne zum LADG und zur Ombudsstelle, für die Schaltung von Anzeigen im Zusammenhang mit der Jury gegen diskriminierende und sexistische Werbung sowie für die Neuentwicklung von Spots, Expertisen und fachbezogene Austauschrunden sind rund 150.000 Euro pro Haushaltsjahr vorgesehen. Für den Betrieb und die Weiterentwicklung der AnDi-App und diesbezügliche Sensibilisierungsarbeit sind in den Haushaltsjahren 2022 und 2023 jeweils weiter 52.000 Euro geplant. Berlin braucht nach wie vor kein LADG/LADS und somit auch keine Stärkung der Ansätze.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	CDU, AfD, FDP																						
Nein	SPD, Grüne, Linke																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
Ja	AfD																						
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
113.	38	0601	54053	Veranstaltungen	Bitte um Aufschlüsselung des Ansatzes und Erläuterung der bereits konkret geplanten Veranstaltungen.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 469-471																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
114.	38	0601	54053	Veranstaltungen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 472-475								
	38	0601	54053	Veranstaltungen	Ansatz 2022: 70.000 Ansatz 2023: 75.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									
						2022: 55.000 2023: 60.000									
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Berliner Verwaltung ist als Exekutive an Recht und Gesetz gebunden und muss per se diskriminierungsfrei handeln. Berlin braucht nach wie vor kein LADG und somit auch keine Stärkung der Ansätze.									
						<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
115.	38	0601	68123	Ehrungen, Preise	Womit wird die Notwendigkeit des Preises an sich begründet und wie bewertet der Senat die Alleinstellung der „lesbischen Sichtbarkeit“ im Vergleich zu anderen „Sichtbarkeiten“?	CDU	Bericht Seite 476								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	38	0601	68123	Ehrungen, Preise	Ansatz 2022: 5.000 Ansatz 2023: kein Ansatz		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						FDP	
						<p style="text-align: center;">2022: - 5.000 2023: +/- 0</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Ansatz für den Preis „Lesbische Sichtbarkeit“ in 2022 ist unter dem Aspekt der Gleichbehandlung unterschiedlichster Minderheiten und deren Sichtbarkeiten zu streichen. Denn die Alleinstellung der lesbischen Sichtbarkeit im Verhältnis zu anderen Sichtbarkeiten stellt eine Diskriminierung von anderen Minderheiten dar, die nicht in den Genuss einer Auszeichnung kommen. Eine einseitige staatliche Betrachtung, in der einzelne Minderheiten bevorzugt oder benachteiligt werden, ist abzulehnen. Auch die angeführte Begründung, Sichtbarkeit bilde eine wichtige Grundlage für gesellschaftliche Anerkennung, ist widersprüchlich, da die Auszeichnung nur alle 2 Jahre vergeben wird. Des Weiteren ist</p>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>es abzulehnen Preise für Gruppenzugehörigkeiten zu vergeben.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
116.	39	0601	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	<ol style="list-style-type: none"> 1. Bitte um Erläuterung der Sperrvermerke 2. Bei welchen Projekten wurden Einsparungen vorgenommen oder wurden Kürzungen vorgenommen gegenüber dem Jahr 2021? 3. Bitte um Erläuterung der Sperrvermerke. 4. Bitte um Darstellung für welche Projekte die Mittel in der Verpflichtungsermächtigung gebunden sind. 5. Sind in 2022 und 2023 EU-Förderungen zu erwarten? In welchem Titel werden diese dargestellt? 6. In welcher Höhe werden die Fachstellen Diskriminierung auf dem Wohnungsmarkt und Arbeitsmarkt jeweils gefördert? Sind diese Mittel für den zu erwartenden und tatsächlichen Beratungsbedarf (diesen bitte so weit möglich darstellen) ausreichend? 7. Bitte um Erläuterung des Teilsatzes 7 8. Bitte um Darstellung für welche Projekte die Mittel in der Verpflichtungsermächtigung gebunden sind. 9. Teilansatz 5(neu 3): Bitte um genaue Erläuterung zur weiteren inhaltlichen Umsetzungen der UN-Dekade und der geförderten Projekte. 	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 477-481								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
117.	39	0601	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Warum werden die Ansätze erneut so stark erhöht? Was soll in den Jahren 2022 und 2023 konkret wie und mit wem über welchen Zeitraum projektiert werden? Welche Einrichtungen erhalten welche Mittel? Bitte um Angabe der konkreten Leistungsempfänger und der jeweiligen Beträge. Bitte um detaillierte Erläuterung des neuen Ansatzes „Unabhängige Beschwerdestelle Antidiskriminierung“ (lfd. Nummer 6). Warum wird der Ansatz für „Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Gesamtkonzepts für Integration und Partizipation Geflüchteter“ auf 0 gesetzt? Wo werden Aufwendungen für die Integration und Partizipation Geflüchteter für die Jahre 2022/2023 angesetzt? Wer soll Träger der Unabhängigen Beschwerdestelle Antidiskriminierung (Bildung) werden und welche konkreten Aufgaben sollen insoweit erledigt werden?	CDU	Bericht Seite 482-491
118.	39 div.	0601 div.	68406 div.	Antisemitismus-bekämpfung	Bitte um Auflistung aller Maßnahmen zur Bekämpfung von Antisemitismus jeweils mit Kapitel, Titel, Ansatz sowie Gesamtsumme. Welche zeitlichen Abläufe sind mit den einzelnen Maßnahmen jeweils verbunden?	CDU	Bericht Seite 492-493
119.	39	0601	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	1. Welche Projekte und Maßnahmen werden mit welchen Beträgen unter diesem Titel gefördert? 2. Warum gibt es keine Förderung für Projekte und Maßnahmen gegen den Linksextremismus?	AfD	Bericht Seite 494-502
120.	39	0601	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen	Bitte um Vorlage eines Berichtes zu den einzelnen Projekten mit Aufschlüsselung welches Projekt in welcher Höhe unterstützt wird und was die Schwerpunkte der jeweiligen Projekte sind.	FDP	Bericht Seite 503-511

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	39	0601	68406	Zuschüsse an soziale oder ähnliche Einrichtungen			Ansatz 2022: 13.940.000 Ansatz 2023: 17.020.000 VE 2022: 5.500.000 davon fällig 2023: 5.500.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE		CDU		AfD		FDP									
2022: + 1.947.000 2023: +/- 0		2022: -- 34.000 2023: + 80.000		2022: - 6.440.000 2023: - 9.520.000		2022: +/- 0 2023: - 1.863.000									
<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Allgemeine Verstärkung für das Jahr 2022 um 1.217.000 Euro.</p> <p>Weitere Verstärkung für das Jahr 2022 i.H.v. 730.000 Euro für Projekte, ehemals Opferfonds. .</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Die Erläuterung wird um einen Teilansatz Nr. 8 „Allgemeine Verstärkung“ mit einem Betrag von 1.947.000 in 2022 ergänzt. Die Summe der Teilansätze 2022 wird 15.887.000</p>		<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Veränderungen betreffen die Nr. 3 der Erläuterungen, „Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sowie Projekte im Rahmen der Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“.</p> <p>Erhöht werden sollen die Zuschüsse an das Jüdische Bildungswerk für Demokratie und gegen Antisemitismus gUG zu deren Projekt „Solidarisch gegen Hass“ (Sammelvorlage, Anlage zu Nr. 117, Nr. 77), und zwar</p>		<p>VE 2022: mit Fälligkeit 2023: -5.500.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Es werden erhebliche Mittel zur Förderung „sozialer Einrichtungen“ eingestellt. Unter anderem für Projekte gegen den Rechtsextremismus und zur Stärkung der Demokratie. Dabei werden vielfach Vereine und Institutionen unterstützt, die als Vorfeldorganisationen der regierungstragenden Parteien angesehen werden können. Diese Zuwendungen können geeignet sein, um in den freien Wettbewerb der Parteien einzugreifen. Auch der Wissenschaftliche Parlamentsdienst des</p>		<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Ansätze aus diesem Titel sind für das Jahr 2023 ihrer Höhe nach derer aus dem Jahr 2021 (15.157.000) auskömmlich.</p> <table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Ja</td> <td>FDP, AfD, CDU</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td style="text-align: center;">–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	FDP, AfD, CDU	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	FDP, AfD, CDU														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
Ja		SPD, Grüne, Linke													

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Nein		CDU, AfD, FDP		um jährlich 60.000€			
Enthaltung		–					
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen		<p>Erhöht werden sollen weiterhin die Zuschüsse an die Werteinitiative e.V. zu deren Projekt „Antisemitische und israelfeindliche Argumentationsmuster in der extremen Rechten“ (Sammelvorlage, Anlage zu Nr. 117, Nr. 77), und zwar um jährlich 20.000€</p> <p>Dagegen ist der Ansatz 2022 zu mindern um 114.101€, die für die Entwicklung eines Konzepts zur Umsetzung eines Black Community Centers vorgesehen sind (Sammelvorlage Nr. 116, Seite 4). Was das für ein Center sein soll, insbesondere welche Aufgaben es wahrnehmen soll, ist unklar. Deshalb mag es grundsätzlich angezeigt sein, ein Konzept zu entwickeln, aber es ist nicht erkennbar, was es rechtfertigt, dafür 114.101€ auszugeben. Maßnahmen gegen die Diskriminierung von Menschen mit dunkler Hautfarbe sind sinnvoll, werden im Haushalt 22/23 aber auch bereits auf andere Weise konkret gefördert.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche</p>	<p>Abgeordnetenhauses (Gutachten vom 12. Juli 2018) führt in seinem Gutachten bei den exemplarisch aufgeführten Institutionen aus: „[...] Würde die Veröffentlichung derartiger Schriften bzw. Handreichungen durch die Senatsverwaltung für Justiz, Verbraucherschutz und Antidiskriminierung erfolgen, läge darin eine Verletzung des Neutralitätsgebots.“ Des Weiteren ist es nicht Kernaufgabe des Staates Dritte mit Zuwendungen für politische Bildungsarbeit zu versorgen, deren nachweisbare Wirksamkeit nicht wissenschaftlich belegt ist. Eine immer weitere Stärkung der Ansätze ist daher, speziell in Krisenzeiten der Pandemiebewältigung und des Ukraine-Krieges nicht geboten. Die Ansätze sind daher erheblich zu reduzieren.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Die Mittel können für die Teilansätze Nr. 1 bis 5 und 7 verwendet werden. Der Teilansatz Nr. 6 wird gestrichen. Da der Teilansatz Nr. 6 gestrichen wird, werden auch die Sperrvermerke in Höhe von jeweils 200.000 € gestrichen.</p>		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage																
				<p>Erläuterung) In der Erläuterung Nr. 3, „Zuschüsse an Projekte im Rahmen des Landesprogramms gegen Rechtsextremismus, Rassismus und Antisemitismus; Projekte zur Stärkung der Demokratie und Schutz vor Diskriminierung und Gewalt sowie Projekte im Rahmen der Umsetzung der UN-Dekade für Menschen afrikanischer Herkunft“ werden die Beträge wie folgt gefasst: „2022: 7.752.569€ 2023: 9.666.670“; 2021: 8.474.600“ Die Zeile mit den Summen wird wie folgt gefasst: „2022: 13.906.000€ 2023: 17.100.000€ 2021: 15.157.000€“</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	CDU, AfD																						
Nein	SPD, Grüne, Linke																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
Ja	AfD																						
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
121.	40	0601	68579	Mitgliedsbeiträge	Wer oder was ist „Rainbow Cities Networks“ und welche Ziele werden mit der Mitgliedschaft verfolgt? Wie hoch sind konkret die Mitgliedsbeiträge / Mittel für Mitgliedschaft bei „Rainbow Cities Network“? Welche weiteren Mitglieder verzeichnet dieses Netzwerk? Wie hoch ist beim Rainbow Cities Network der Mitgliedsbeitrag der anderen Mitglieder jeweils?	CDU	Bericht Seite 512-513																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Für welche weiteren Mitgliedschaften in welchen Vereinigungen fallen Mitgliedsbeiträge an? Es wird um eine Aufstellung all dieser Mitgliedschaften gebeten.		
122.	40	0601	68579	Mitgliedsbeiträge	1. Welche Leistungen sind mit der Mitgliedschaft im „Rainbow Cities Network“ verbunden? 2. Warum ist eine Mitgliedschaft notwendig? 3. Welche weiteren Mitgliedschaften werden daraus finanziert?	AfD	Bericht Seite 514-515
123.	40	0601	68690	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Inland aus zweckgebundenen Einnahmen	Bitte um projektscharfe Aufschlüsselung der eingestellten Mittel.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 516
124.	40	0601	68790	Sonstige Zuschüsse für konsumtive Zwecke im Ausland aus zweckgebundenen Einnahmen	Sind in 2022 und 2023 EU-Förderungen zu erwarten.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 517
125.	41	0601	89202 (Neu)	Zuschuss für das Schwarze Community Zentrum	Bitte um Erläuterung des Haushaltsansatzes und Darstellung der Möglichkeiten für die Realisierung des CommUnity Zentrums?. Welche Mittel werden für die Realisierung veranschlagt?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 518
126.	41	0601	89202 (Neu)	Zuschuss für das Schwarze Community Zentrum	Wann wird die Prüfung der rechtlichen und haushaltsmäßigen Prüfung abgeschlossen sein? Falls sie schon abgeschlossen sein sollte: Wie ist das Ergebnis? Falls sie noch nicht abgeschlossen sein sollte: Wieso ist ein Ansatz in 2022 im Haushaltsentwurf eingestellt, wenn es noch keine rechtliche Klärung gibt, ob eine solche Förderung überhaupt möglich ist? In welchen Kapiteln und Titel werden Zuschüsse für weitere herkunftsbezogene Communities, insbesondere der asiatischen Herkunft ausgewiesen?	CDU	Bericht Seite 519

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	41	0601	89202 (Neu)	Zuschuss für das Schwarze Community Zentrum	Ansatz 2022: 1.000 Ansatz 2023: kein Ansatz										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									
						2022: - 1.000 2023: +/- 0 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Da die rechtlichen und haushaltsmäßigen Grundlagen für die Förderung der Einrichtung ungeprüft sind, ist der Ansatz zu streichen.									
						<table border="1" style="width: 100%;"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td style="text-align: center;">–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
Kapitel 0605 – Gemeinsames Juristisches Prüfungsamt -															
127.	45	0605	übergreifend	Gemeinsames juristisches Prüfungsamt	Bitte um Darstellung, inwiefern die Notwendigkeit besteht, das Justizprüfungsamt organisatorisch dem Bereich Vielfalt anzugliedern?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 520								
128.	46	0605	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Womit ist der Ansatz im Verhältnis zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 521								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage		
129.	46	0605	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Womit ist die Ansatzreduzierung für 2022 und 2023 gegenüber dem Ist für 2020 zu begründen?	CDU	Bericht Seite 522		
	46	0605	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Ansatz 2022: 780.000 Ansatz 2023: 780.000				
Änderungsanträge der Fraktionen									
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP	
								2022: + 100.000 2023: + 100.000	
								a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Durch den Mehransatz (Einnahmen) wird eine Anpassung an den IST-Wert vorgenommen.	
								Ja	CDU, AfD, FDP
								Nein	SPD, Grüne, Linke
								Enthaltung	–
								Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
130.	46	0605	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Mit welchem Aufgabenkreis sind die zusätzlichen Stellen betraut und wo sollen diese eingesetzt werden?	CDU	Bericht Seite 523		
131.	46	0605	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Was ist der Grund für die deutlich Erhöhung der Honorare im Vergleich zum Ist 2020?	CDU	Bericht Seite 524		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	46	0605	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter			Ansatz 2022: 950.000 Ansatz 2023: 950.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
2022: +/- 0 2023: +/- 0															
<p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Am Ende des Satzes wird „einschließlich Aus- und Fortbildung Mediation“ eingefügt.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 20%;">Ja</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td style="text-align: center;">–</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>				Ja	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Nein	–	Enthaltung	AfD	Ergebnis:	einstimmig angenommen				
Ja	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Nein	–														
Enthaltung	AfD														
Ergebnis:	einstimmig angenommen														
	47	605	52703	Dienstreisen			Ansatz 2022: 9.000 Ansatz 2023: 9.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>2022: - 1.000 2023: - 1.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils etwas über 10% erscheint daher vertretbar.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, CDU</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, CDU	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU, AfD, CDU														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
132.	46	0605	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Mit welchem Aufgabenkreis sind die zusätzlichen Stellen betraut und wo sollen diese eingesetzt werden?	CDU	Bericht Seite 525								
133.	46	0605	44100	Beihilfen für Dienstkräfte	Womit ist der Ansatz im Verhältnis zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 526								
134.	47	0605	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Wie werden die Räume am Standort der SenJustVA, die bisher als Prüfungsräume für die schriftlichen Prüfungen zur Verfügung standen, aktuell genutzt? Welche Räume werden nunmehr als Prüfungsräume genutzt? Befinden sich diese in landeseigenen oder in Fremd-Liegenschaften?	CDU	Bericht Seite 527								
135.	47	0605	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude	1. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund die Verpflichtungsermächtigung für den Abschluss einer Kooperations-	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 528								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				und Räume (Verpflichtungsermächtigung)	vereinbarung mit dem Center für Digitale Systeme der Freien Universität Berlin (CeDis) zur Durchführung der juristischen Staatsprüfung in elektronischer Form nicht bereits für das Jahr 2022 vorgesehen ist. 2. Wo werden künftig die schriftlichen Prüfungen stattfinden, die zuvor am Standort der SenJustVA stattgefunden haben?		
136.	47	0605	52501	Aus- und Fortbildung	1. Wir bitten aufzuschlüsseln, von welchem Betrag für die Fortbildungsangebote für Familienrichter*innen, Jugendstrafrichter*innen und Jugendstaatsanwält*innen in Bezug auf die Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren ausgegangen wird. 2. Wir bitten darzustellen, von wie vielen Fortbildungsstunden in dem Bereich „Anhörung von Kindern in Gerichtsverfahren“ ausgegangen wird. (Bitte aufschlüsseln je Richter*in/Staatsanwält*in nach den Jahren 2020, 2021, 2022, 2023)	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 529-530
137.	47	0605	54010	Dienstleistungen	1. Womit ist der Ansatz im Verhältnis zum IST 2021 zu begründen? 2. Womit begründet sich der unterschiedliche Ansatz für das Jahr 2022 im Vergleich zum Jahr 2023?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 531
138.	48	0605	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Warum wurde der Titel gekürzt, welcher Anteil davon entfällt jeweils auf das digitale Staatsexamen?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 532
139.	48	0605	51185 MG 32	Dienstleistung für die verfahrensabhängige IKT	1. Wir bitten darzustellen, wie sich der Ansatz für die einzelnen Posten aufschlüsselt. 2. Bitte um detaillierte Darstellung, wie ELAN-REF weiterentwickelt werden soll und wie viele Mittel dafür vorgesehen sind.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 533
140.	48	0605	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Erbitten Sachstandsbericht zu den Vorarbeiten für computergestützte Staatsprüfungen? Wann wird es möglich sein, computergestützte Staatsprüfungen abzulegen?	CDU	Bericht Seite 534

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Kapitel 0609 – Senatsverwaltung für Justiz, Vielfalt und Antidiskriminierung - Personalüberhang -							
141.	54	0609	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Mit welchem Aufgabenkreis sind die zusätzlichen Stellen betraut und wo sollen diese eingesetzt werden?	CDU	Bericht Seite 535
Kapitel 0611 – Generalstaatsanwaltschaft							
142.	56	0611	11923	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 536
143.	56	0611	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 537
144.	56	0611	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 538
	56	0611	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 3.420.000 Ansatz 2023: 3.512.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						2022: + 50.000 2023: + 50.000	
						FDP	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
145.	56	0611	42811	Entgelte der nicht-planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 539								
146.	56	0611	51101	Geschäftsbedarf	Was ist der Grund für die Verdopplung des Schreib- und Bürobedarfs inkl. Papierkosten angesichts der voranschreitenden Digitalisierung?	CDU	Bericht Seite 540								
147.	57	0611	51925	Nutzungsspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Darstellung des Ansatzes gegenüber dem IST aus 2021	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 541								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	58	0611	52703	Dienstreisen	Ansatz 2022: 18.000 Ansatz 2023: 18.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
2022: - 8.000 2023: +/- 0				2022: - 500 2023: - 500			
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> In den Ansätzen sind jeweils 6.500€ für Dienstreisen in Verwaltungssachen enthalten. Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass derartige Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils knapp 10% von 6.500€ erscheint daher vertretbar.			
Ja	SPD, Grüne, Linke						
Nein	–						
Enthaltung	CDU, AfD, FDP						
Ergebnis:	einstimmig angenommen						
				b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Unter Nr. 3 der Erläuterungen wird der Betrag „6.500€“ geändert in „6.000€“. Die Summe wird geändert von „18.000€“ auf „17.500€“.			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung		Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				Ja	Nein			
				Ja	CDU, AfD, FDP			
				Nein	SPD, Grüne, Linke			
				Enthaltung	–			
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
148.	59	0611	53111	Ausschreibungen, Bekanntmachungen	Womit begründet sich das nicht vorhandene Ist im Vergleich zum Ansatz für 2020? Fanden keine Ausschreibungen und Bekanntmachungen statt, wenn ja, warum nicht?		CDU	Bericht Seite 542
149.	59	0611	81240	KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft	Warum werden angesichts der beabsichtigten Fortführung der Maßnahmen in den kommenden Haushaltsjahren keine Verpflichtungsermächtigungen gebildet?		CDU	Bericht Seite 543
150.	61	0611	81260	KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft	Womit begründet sich die Differenz zwischen Ansatz und IST 2021?		SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 544
151.	61	0611	81260	KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft	Weshalb sollen 700 Thinclients ersetzt werden, wenn andererseits offenbar auf Notebooks mit Dockingstation umgestellt wird (Seite 63, 0611/81240)?		CDU	Bericht Seite 545
152.	62	0611	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Wieso ist im Ansatz 2023 vorgesehen, die Mesta-Datenbank beim ITDZ und bei Dataport betreiben zu lassen? Falls die Mesta-Datenbank nur einen Teil des Jahres 2023 vom ITDZ betrieben werden soll: Weshalb sollen dafür ebenso wie für das ganze Jahr 2022 150.000 Euro aufgewendet werden? Was ist der Grund dafür, die Mesta-Datenbank künftig von Dataport betreiben zu lassen, bzw. bestehen die im Rechtsausschuss am 08.05.2019 erläuterten Gründe fort, ggf. mit welchen Modifizierungen?		CDU	Bericht Seite 546-547

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
153.	62	0611	81240 MG 32	KOMSTA-Kommunikation innerhalb der Staatsanwaltschaft	In welchen weiteren Titel sind Mittel für die Einführung und Umsetzung der E-Akte veranschlagt?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 548-549
Kapitel 0612 – Staatsanwaltschaft							
154.		0612	Über- greifend	Personaltitel	Welche und wie viele Stellen wurden zur Bearbeitung der Encrochat Verfahren eingestellt?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 550
155.		0612	über- greifend	Personaltitel	Welche und wie viele Stellen wurden für regionalisierte StaatsanwältInnen (StA vor Ort) eingestellt?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 551
156.		0612	über- greifend	Personaltitel	Wie werden die regionalen Jugendstaatsanwaltschaften (Neuköllner Modell) verstärkt und finanziell ausgestattet?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 552
157.		0612	über- greifend		Wie wird die Regionalisierung der Staatsanwaltschaft für KBOs umgesetzt? Welcher Stellenaufwuchs ist dafür eingeplant?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 553
158.	68	0612	11101	Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)	Auf welcher Basis basiert die Schätzung der Einnahmen und des insoweit angenommenen Zuwachses um 6 bzw. 7 Mio. Euro zum Ist 2020?	CDU	Bericht Seite 554
159.	68	612	11923	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund trotz eines Ist aus 2020 in Höhe von 1.832.383 € für das Jahr 2022 ein Ansatz von 8.000.000 € und für das Jahr 2023 ein Ansatz von 10.000.000 € gebildet worden ist.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 555
160.	68	0612	11923	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Welche konkreten Vermögenswerte wurden in den Jahren 2020 und 2021 jeweils rechtskräftig abgeschöpft? Wie wurden diese Vermögenswerte jeweils verwendet? Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Weshalb kommt die Schätzung zu einem Ansatz in 2022, der mehr als viermal so hoch ist wie das Ist in 2020, und zu einem Ansatz in 2023, der mehr als fünfmal so hoch wie das Ist in 2020?	CDU	Bericht Seite 556-557

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Wird in 2022 in dem Bereich viermal so viel Personal und in 2023 in dem Bereich fünfmal so viel Personal eingesetzt werden wie 2020? In welchem Umfang werden die personellen Mittel wo und wie für die Vermögensabschöpfung aufgestockt – erbitten detaillierten Sachstandsbericht.		
161.	68	0612	11923	Einnahmen aus der Abschöpfung von Gewinnen aus Straftaten	Wieso weichen die Zahlen der Ansätze und IST so stark voneinander ab und auf welchen Überlegungen fußen die jeweiligen Schätzungen?	AfD	Bericht Seite 558
162.	68	0612	11981	Verkauf von Altmaterial und aus-sonderten Sachen	Welche konkreten Einnahmen aus Altmaterialien konnten im Jahr 2021 erzielt werden? Welche Altmaterialien haben insoweit welche Einnahmen erzielt? Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Weshalb sind die Ansätze in 2022 und 2023 fast doppelt so hoch wie das Ist in 2020?	CDU	Bericht Seite 559
163.	68	0612	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 560
164.	68	0612	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 561
	68	0612	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 12.304.000 Ansatz 2023: 12.422.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						2022: + 50.000 2023: + 50.000	
FDP							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
165.	68	0612	42811	Entgelte der nichtplanmäßigen Tarifbeschäftigten	Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 562								
166.	69	0612	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023. Wieso geht der Senat davon aus, dass die Bewirtschaftungskosten in den Jahren 2022 und 2023 geringer als im Ansatz des Jahres 2021 sein werden? Wieso haben sich die Betriebs- und Nebenkosten für die Dienstgebäude im Vergleich zum Ist 2020 in den Jahren 2021 bis 2022 jeweils verringert bzw. stagnieren im Jahr 2023?	CDU	Bericht Seite 563								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage		
167.	70	0612	51820	Mietausgaben für die Nettokaltmiete aufgrund vertraglicher Verpflichtungen aus dem Facility Management	Wieso ist die Verpflichtungsermächtigung im Jahr 2028 im Vergleich zu den anderen Verpflichtungsermächtigungen so hoch? Für den Abschluss welcher Mietverträge werden die Verpflichtungsermächtigungen in den Jahren 2024 bis 2028 benötigt?	CDU	Bericht Seite 564		
168.	70	0612	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 565-566		
	71	0612	52703	Dienstreisen	Ansatz 2022: 15.000 Ansatz 2023: 25.000				
Änderungsanträge der Fraktionen									
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP	
2022: - 5.000 2023: +/- 0				2022: - 500 2023: - 1.000					
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> In den Ansätzen sind jeweils 6.300 € bzw. 11.300 € für Dienstreisen in Verwaltungssachen enthalten. Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass derartige Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um					
Ja		SPD, Grüne, Linke							
Nein		–							
Enthaltung		CDU, AfD, FDP							
Ergebnis:		einstimmig angenommen							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>jeweils knapp 10% von 6.300 € bzw. 11.300 € erscheint daher vertretbar.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Unter Nr. 3 der Erläuterungen wird der Betrag „6.300 €“ für 2022 geändert in „5.800 €“, der Betrag „11.300 €“ für 2023 in „10.300 €“.</p> <p>Bei den Summen darunter wird der Betrag „15.000€“ für 2022 geändert in „14.500 €“, der Betrag „25.000 €“ für 2023 in 24.000 €“.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU, AfD, FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
169.	72	0612	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 567-568								
Kapitel 0613 – Anwaltschaft															
170.	80	0613	11981	Verkauf von Altmaterial und ausgesonderten Sachen	Auf was bezieht sich die angegebene Veränderung von -29,3%?	CDU	Bericht Seite 569								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
171.	80	0613	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 570	
172.	80	0613	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 571	
	80	0613	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 2.861.000 Ansatz 2023: 2.888.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
						2022: + 50.000 2023: + 50.000		
						<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag:</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p>		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p>2022: - 200 2023: - 200</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Nach den vergleichbaren Angaben bei Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft ist anzunehmen, dass bei der Amtsanwaltschaft etwa ein Drittel der Dienstreisen in Verwaltungssachen erfolgt, was 1.666€entspräche. Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass derartige Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils etwa 10% von 1.666€erscheint daher vertretbar.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU, AfD, FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
176.	82	0613	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Bitte um Erläuterung des Ist sowie der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023.	CDU	Bericht Seite 575								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Kapitel 0614 – Europäische Staatsanwaltschaft							
177.	86	0614	23211 (Neu)	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Werden Wirtschaftsreferentinnen und -referenten der Staatsanwaltschaft Berlin, die im Wege der Amtshilfe in den Jahren 2022 und 2023 für die EUStA tätig werden, neu eingestellt oder handelt es sich um Personal, das schon beim Land Berlin beschäftigt ist? Falls letzteres der Fall sein sollte, bitten wir um Erläuterung, wer in den Jahren 2022 und 2023 nach Planung des Senats die bisherige Arbeit dieser Wirtschaftsreferentinnen und -referenten erledigen soll.	CDU	Bericht Seite 576
178.	86	0614	42201 (Neu)	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Bitte um Erläuterung der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023, insbesondere weshalb der Ansatz für 2023 deutlich über dem Ansatz für 2022 liegt.	CDU	Bericht Seite 577
179.	86	0614	42801 (Neu)	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Bitte um Erläuterung der Ermittlung der Ansätze für 2022 und 2023, insbesondere weshalb der Ansatz für 2023 deutlich über dem Ansatz für 2022 liegt.	CDU	Bericht Seite 578
180.	87	0614	52703 (Neu)	Dienstreisen	Was ist eine Bahncard 200 (oder handelt es sich um einen Schreibfehler)? Nach welchen Kriterien werden die zwei Beschäftigten ausgewählt, die diese Bahncards erhalten? Da eine Bahncard 100 für die 2. Klasse jährlich 4.144 Euro kostet: Was führt zu der Annahme, man würde zwei Bahncards 200 für 8.000 Euro erhalten können? Handelt es sich um Bahncards für die 1. oder für die 2. Klasse? Bitte um Erläuterung der Planung für „anderweitige Verkehrsmittel, Übernachtungen, Tagespauschalen“.	CDU	Bericht Seite 579-580
Kapitel 0615 – Kammergericht							
181.	90	0615	11101	Gebühren, Geldstrafen, Geldbußen (nur für Justiz)	Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 581

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
182.	90	0615	23101	Ersatz von Ausgaben durch den Bund	1. Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST 2021 zu begründen? 2. Ist ein Rückgang des IST zu erwarten?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 582
183.	90	0615	23101	Ersatz von Ausgaben durch den Bund	Es wird um eine konkrete Erläuterung des Ist 2020 gebeten. Handelt es sich dabei um einen Einmaleffekt oder wieso sind die Ansätze für 2022 / 2023 deutlich niedriger?	CDU	Bericht Seite 583
184.	90	0615	23101	Ersatz von Ausgaben durch den Bund	Woraus setzt sich das hohe IST 2020 zusammen?	FDP	Bericht Seite 584
185.	90	0615	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 585
186.	91	0615	42221	Bezüge der Anwältinnen und Anwälter	Wie lange sind derzeit die Wartezeiten vom Antrag bis zur Einstellung der Gerichtsreferendarinnen/-referendare? Kommt es zur Verkürzung der Wartezeit in Betracht oder ist es möglicherweise sogar geboten, die Zahl der zur Verfügung stehenden Positionen zu erhöhen?	CDU	Bericht Seite 586
187.	91	0615	42701	Aufwendung für freie Mitarbeiterinnen/Mitarbeiter	Wir bitten darzustellen, welche Summe des Ansatzes auf die Arbeitsgemeinschaften für Rechtsreferendare entfallen.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 587
188.	91	0615	42722 (Neu)	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen / Praktikanten, Volontärinnen / Volontäre)	Wie viele Praktikantinnen und Praktikanten sollen für welche konkreten Bereiche und Aufgaben gefunden werden? Wie sollen sie konkret vergütet werden?	CDU	Bericht Seite 588

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	91	0615	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten			Ansatz 2022: 8.784.000 Ansatz 2023: 8.869.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						2022: + 50.000 2023: + 50.000									
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.									
						b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.									
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
189.	91	0615	42811	Entgelte der nichtplanmäßig Tarifbeschäftigten	Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund trotz anfallender Kosten im Jahr 2020 in Höhe von 131.736,03 € für die Jahre 2022/2023 nur ein Ansatz in Höhe von 7.900 € gebildet wurde.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 589	
190.	91	0615	42821	Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)	Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund trotz anfallender Kosten im Jahr 2020 in Höhe von 4.095.440,86 € für die Jahre 2022/2023 nur ein Ansatz in Höhe von 651.000 € gebildet wurde.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 590	
191.	91	0615	42821	Ausbildungsentgelte (Tarifbeschäftigte)	Wie erklären sich die extrem gesunkenen Ausgaben?	FDP	Bericht Seite 591	
192.	91	0615	51101	Geschäftsbedarf	Wir bitten im darzustellen, wie sich die Kosten für 2021 in Höhe von 108.000 € und die Ansätze in Höhe von 652.00 € für das Jahr 2022 und in Höhe von 112.000 € für das Jahr 2023 im Einzelnen aufschlüsseln.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 592	
193.	91	0615	51101	Geschäftsbedarf	Woraus resultiert die Erhöhung des Geschäftsbedarfs des Kammergerichts von 108.000 Euro in 2021 auf 652.000 Euro als Ansatz für 2022 und warum sollte dieser Mehrbedarf in 2023 wieder entfallen?	CDU	Bericht Seite 593	
	91	0615	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 1.349.000 Ansatz 2023: 809.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
2022: - 350.000 2023: +/- 0								
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		CDU, AfD, FDP					
Enthaltung							
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen					
194.	92	0615	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Worum handelt es sich bei der „Justizakademie“, für deren Einrichtung 2023 50.000 Euro angesetzt sind? Sollte damit nicht das vorhandene Justizausbildungszentrum (Turmstraße 21) und auch nicht die Justizakademie des Landes Brandenburg (an der Angehörige des höheren Dienstes des Landes Berlin ausgebildet werden) gemeint sein, wird um Erläuterung gebeten, was Aufgabe der Justizakademie und wie diese organisiert sein soll. Braucht Berlin eine eigene Justizakademie oder könnte nicht die Justizakademie des Landes Brandenburg in Königs Wusterhausen gemeinsame Justizakademie der Länder Berlin und Brandenburg werden?	CDU	Bericht Seite 594
195.	92	0615	51408	Dienst- und Schutzkleidung	Welche zusätzlichen Ausrüstungsgegenstände der Justizwachmeister und Justizwachmeisterinnen sollen hier beschafft werden?	CDU	Bericht Seite 595
196.	92	0615	51408	Dienst- und Schutzbekleidung	Wie setzen sich die Kostenansätze konkret zusammen?	AfD	Bericht Seite 596
	92	0615	51408	Dienst- und Schutzbekleidung	Ansatz 2022: 125.000 Ansatz 2023: 125.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
FDP							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
						<p style="text-align: right;">2022: + 150.000 2023: + 150.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Die steigende Gefahrenlage und die Erhöhung der Anzahl der Gerichtsverfahren führt dazu, dass es unabdingbar ist allen Justizwachtmeistern entsprechende Schutzkleidung und Sicherheitsausrüstung zur Verfügung zu stellen. Pro „Justizwachtmeister“ werden hierbei pauschal alleinig für die Sicherheitsausrüstung 2.500 € veranschlagt. Nach dieser Maßgabe erscheint der Ansatz aus dem Entwurf des Einzelplanes als nicht auskömmlich. Es bedarf eines Aufwachsens von 150.000 €pro Haushaltsjahr.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Die Titelerläuterung wird wie folgt neu gefasst: Zentrale Veranschlagung für Ausrüstungsgegenstände (inklusive Sicherheitsausrüstung) der Justizwachtmeisterinnen und Justizwachtmeister der ordentlichen Gerichtsbarkeit, der Fachgerichte und der Strafverfolgungsbehörden, insbesondere auch für</p>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
						die Justizwachtmeisteranwärterinnen und Justizwachtmeisteranwärter. (verbindliche Erläuterung)	
						Ja	CDU, AfD, FDP
						Nein	SPD, Grüne, Linke
						Enthaltung	–
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
197.	93	0615	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Inwieweit ist der Ansatz für 2021, 2022 und 2023 vor dem Hintergrund des hohen IST aus 2020 realistisch? Aus welchen Gründen kann hier zukünftig von halb so hohen Kosten ausgegangen werden?	FDP	Bericht Seite 597
	95	0615	52703	Dienstreisen	Ansatz 2022: 52.000 Ansatz 2023: 52.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
2022: - 12.700 2023: +/- 0				2022: - 1.500 2023: - 1.500			
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung				a) Begründung zum Änderungsantrag Nach den vergleichbaren Angaben bei Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft ist anzunehmen, dass beim Kammergericht etwa ein Drittel der Dienstreisen in Verwaltungssachen erfolgt, was 17.333€ entspräche. Durch den Einsatz neuer			
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein							
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				Medien ist damit zu rechnen, dass derartige Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils knapp 10% von 17.3336€ erscheint daher vertretbar.			
				Ja	CDU, AfD, FDP		
				Nein	SPD, Grüne, Linke		
				Enthaltung	–		
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
198.	96	0615	54010	Dienstleistungen	Wer ist Betreiber der Impfstelle und für welchen Personenkreis ist die Impfstelle zugänglich? Wie viele Impfungen wurden vorgenommen? Wie lange wird noch ein Bedarf für diese gesonderte Impfstelle gesehen? Welche konkreten Leistungen sollen im Jahr 2022 durch die Impfstelle für 150.000 Euro erbracht werden? Wie werden sich die Ausgaben von 150.000 Euro über das Jahr 2022 verteilen (bereits angefallene bzw. erwartete Monatsbeträge)?	CDU	Bericht Seite 598
	96	0615	54010	Dienstleistungen	Ansatz 2022: 275.000 Ansatz 2023: 125.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
2022: - 100.000 2023: +/- 0				Anbringung Haushaltsvermerk: Sperrvermerk betreffend 150.000€ die 2022 für den Betrieb der Impf-			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage																
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung				<p>stelle vorgesehen sind. Begründung: Die Impfstelle ist zurzeit geschlossen. Ob die Pandemie ihre Wiedereröffnung erfordert, wird sich zeigen.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>SPD, Grüne, Linke, AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich angenommen</td> </tr> </table> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	SPD, Grüne, Linke, AfD	Nein	CDU, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich angenommen	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	SPD, Grüne, Linke, AfD																						
Nein	CDU, FDP																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich angenommen																						
Ja	CDU, AfD, FDP																						
Nein	SPD, Grüne, Linke																						
Enthaltung	–																						
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt																						
199.	98	0615	51160 MG 31	Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Bitte um genaue maßnahmengenaue Aufschlüsselung des Ansatzes bzw. der Mittelverwendung.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 599-600																
200.	99	0615	51428 MG 31	Verbrauchsmittel für die verfahrens-unabhängige IKT	Womit ist der Ansatz im Vergleich zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 601																
201.	99	0615	81276 MG 31	Informations-management in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	Es wird um eine konkrete Erläuterung des Ist 2020 gebeten.	CDU	Bericht Seite 602																
202.	100	0615	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrens-abhängige IKT	Was ist Inhalt des Servicevertrages „JustizPC, Bereitstellung von Fachverfahren über SBC, Paketierungen“ und warum steigt der Bedarf von 575.000 Euro in 2021 auf über 3,1 Mio. Euro in 2022 und 2023? Wie lange wird das bekanntermaßen sehr störanfällige, 30 Jahre alte Zentrale AuLAK-System noch betrieben? Wie ist der Stand der Planungen zu seiner Ablösung?	CDU	Bericht Seite 603																

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
203.	100f.	0615	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Wie erklärt sich der erhebliche Anstieg des Ansatzes für Druckservices von 150.000 Euro in 2021 zu jeweils 550.000 Euro in 2022 und 2023? Es wird um eine detaillierte Erläuterung der erheblichen Mehrkosten im Vergleich zu den Jahren 2020 / 2021 und den insoweit für 2022/2023 geplanten Maßnahmen gebeten.	CDU	Bericht Seite 604
204.	101	0615	51186 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT (Dataport)	Welche Dienstleistungen sollen Dataport übertragen werden, mit welchem Zeitplan? Besteht die im Rechtsausschuss am 08.05.2019 vorgetragene Auffassung, die IKT der Berliner Gerichte müsse aus rechtlichen Gründen außerhalb des ITDZ betrieben werden, fort oder gibt es Erfahrungen aus dem Bund oder anderen Bundesländern, dass die richterliche Datenhoheit auch im Rahmen eines der jeweiligen Exekutive zugehörenden Dienstleistungszentrums durchgesetzt werden kann? Zwingen andererseits nicht die beträchtlichen an Dataport zu leistenden Zahlungen dazu, nicht nur Nutzer, sondern Mit-Träger von Dataport zu werden? Gibt es dafür entsprechende Bestrebungen, ggf. mit welchem Zeitplan?	CDU	Bericht Seite 605-607
205.	101	0615	81251 MG 32	Rechnereinsatz im Handelsregister – HAREG -	Bitte um detaillierte Darstellung des Ansatzes.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 608-609
206.	102	0615	81254	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	Für welche Gerichte ist der Kauf von Videokonferenzsystemen für 250.000 Euro in 2022 geplant? An welchen Gerichtsstandorten müssen die digitalen Netze erneuert werden, um die elektronische Akte einsetzen zu können? In welchem Umfang sind die Richter der ordentlichen Gerichtsbarkeit am KG sowie den weiteren Gerichten derzeit mit mobilen und videokonferenztauglichen Endgeräten ausgestattet?	CDU	Bericht Seite 610-611

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Wie soll diese Quote kurzfristig ausgebaut werden und wo findet sich dies im Entwurf wieder?		
	102	0615	81254	Informationsmanagement in der Ordentlichen Gerichtsbarkeit (Masterplan IMOG)	Ansatz 2022: 1.970.000 Ansatz 2023: 2.270.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
				<p>2022: + 250.000 2023: + 250.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Mehrung dient der Anschaffung weiterer Videokonferenzsysteme für die ordentliche Gerichtsbarkeit.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</p> <ul style="list-style-type: none"> - Bei den „Erläuterungen 2022“ wird in der Zeile „Kauf von Videokonferenzsystemen“ der Betrag „250.000€“ geändert in „500.000€ Die Summe wird geändert in „2.220.000“. - Bei den „Erläuterungen 2023“ wird folgende Zeile angefügt: 			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				„Kauf von Videokonferenzsystemen 250.000€ Die Summe wird geändert in 2.520.000€“.			
				Ja	CDU, AfD, FDP		
				Nein	SPD, Grüne, Linke		
				Enthaltung	–		
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
207.	105	0615			Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund die Personalkosten der juristischen Aus- und Fortbildung im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 um 8,3 % gesunken sind.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 612
208.	105	0615			Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund die Verwaltungskosten für die Sicherstellung der Referendarausbildung durch das Kammergericht im Jahr 2020 im Vergleich zum Jahr 2019 gesunken sind und von welchen Kosten für die Jahre 2022 und 2023 ausgegangen wird.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 613
Kapitel 0616 – Landgericht -							
209.	107 ff.	0616	übergreifend	Teilung Landgericht	Bitte den Prozess mit geplanter Zeitschiene einschließlich Beteiligungsverfahren darstellen, sowie die voraussichtlich anfallenden einmaligen und dauerhaften Kosten einschließlich der Personalkosten, insbesondere zusätzliche Stellen, beziffern.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 614-615
210.		0616	div.	div.	Welches Ziel wird mit der Aufteilung des Landgerichts verfolgt? Es wird um Mitteilung von Planungsstand, Zeit und Kostenplan für die Aufteilung des Landgerichts gebeten. Wo sind diese Kosten zu finden? Welche baulichen Maßnahmen sind hierfür notwendig und wo sind die entsprechenden Kosten	CDU	Bericht Seite 616-617

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					im Haushalt abgebildet? Inwieweit wurden die verschiedenen Beschäftigtenvertretungen des Landgerichts zu den Planungen angehört und in diese mit einbezogen? Ist der uneingeschränkte Justizbetrieb in der Phase der Aufteilung sichergestellt?		
211.	108	0616	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 618
212.	108	0616	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Wie viele neue Planstellen für Richter und Richterinnen sind für das Landgericht geplant und wie hoch ist der Aufwuchs zu den bisherigen Planstellen?	AfD	Bericht Seite 619
	108	0616	42202	Bezüge der planmäßigen Richter/Richterinnen	Ansatz 2022: 32.925.000 Ansatz 2023: 33.692.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
				2022: 2023: - 28.000			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Minderung betrifft die im Haushaltsplan 22/23 für das Jahr 2023 eingeplante Besetzung einer vorsorglich für den Präsidenten / die Präsidentin des zweiten Berliner Landgerichts geschaffenen R6-Stelle. Die Teilung			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				des Landgerichts Berlin und die mit ihr verbundene Personalmehrung sind abzulehnen. Die Minderung entspricht dem Unterschied in der Besoldung zwischen R6 und R2.											
				<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	AfD, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt			
Ja	CDU														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	AfD, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
	108	0616	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten			Ansatz 2022: 9.098.000 Ansatz 2023: 9.186.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						2022: + 50.000 2023: + 50.000									
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.									
						<i>b) Titelerläuterung/(verbindliche</i>									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p><i>Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
213.	109	0616	51101	Geschäftsbedarf	<p>Wieso bedarf es am Landgericht anders als am Kammergericht (0615 – 51101) keiner pandemiebedingten Erhöhung des Geschäftsbedarfs? Wie wirkt sich die aktive Nutzungspflicht des besonderen elektronischen Anwaltspostfachs (BeA) auf die Postgebühren (gemeint wohl: Postentgelte) aus? Wieso bleiben diese Gebühren/Entgelte am Landgericht und am Kammergericht konstant bzw. sinken sogar, während sie bei der Mehrzahl der Amtsgerichte deutlich steigen?</p>	CDU	Bericht Seite 620								
214.	109	0616	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	<p>1. Bitte um Erläuterung, inwieweit Mittel vorgesehen sind für das zu erwartende Aufkommen an Bedarfen im Kontext der Encro-Chat-Verfahren. 2. Bitte um Darstellung, welche Mittel für die Ausstattung von Gerichtssälen mit Videokonferenztechnik in diesem Titel oder anderen vorgesehen ist? 3. Wie viele Gerichtssäle können mit den vorgesehenen Mitteln voll ausgestattet werden?</p>	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 621								
	109	0616	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	<p>Ansatz 2022: 2.561.000 Ansatz 2023: 2.561.000</p>										

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 200.000 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		-					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
215.	110	0616	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Bitte um Erläuterung, inwieweit Mittel vorgesehen sind für das zu erwartende Aufkommen an Bedarfen im Kontext der Encro-Chat-Verfahren.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 622
	110	0616	52703	Dienstreisen	Ansatz 2022: 15.000 Ansatz 2023: 15.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
				2022: - 500 2023: - 500			
				a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Nach den vergleichbaren Angaben bei			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				Generalstaatsanwaltschaft und Staatsanwaltschaft ist anzunehmen, dass beim Landgericht etwa ein Drittel der Dienstreisen in Verwaltungssachen erfolgt, was 5.000€entspräche. Durch den Einsatz neuer Medien ist damit zu rechnen, dass derartige Dienstreisen weniger häufig als in früheren Zeiten, speziell vor der Corona-Pandemie, anfallen. Eine Kürzung der Ansätze um jeweils 10% von 5.000€erscheint daher vertretbar.			
				Ja	CDU, AfD, FDP		
				Nein	SPD, Grüne, Linke		
				Enthaltung	–		
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
216.	110	0616	53104	Begegnung, politische Bildungsarbeit, Gruppenfahrten	1. Was ist unter den Begriffen „Begegnungen und politische Bildungsarbeit zu verstehen? 2. Welche Projekte/Fahrten/Aktivitäten sind geplant?	AfD	Bericht Seite 623
Kapitel 0619 – Amtsgericht Charlottenburg							
217.	118	0619	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 624

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	118	0619	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten			Ansatz 2022: 4.884.000 Ansatz 2023: 4.931.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									
						<p style="text-align: center;">2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	118	0619	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 580.000 Ansatz 2023: 575.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 35.000 2023: +/- 0 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
218.	119	0619	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Das Amtsgericht Charlottenburg rechnet als einziges Amtsgericht nicht mit einer Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer. Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 625
	120	0619	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Ansatz 2022: 20.200 Ansatz 2023: 20.200		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 10.200 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
Kapitel 0621 – Amtsgericht Köpenick							
219.	128	0621	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 626
	128	0621	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 1.979.000 Ansatz 2023: 1.998.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<p>2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)* Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
	128	0621	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 315.000 Ansatz 2023: 280.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
2022: - 65.000 2023: +/- 0															

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
220.	129	0621	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Die Ansätze steigen von 280.000 Euro (2021) über 414.000 Euro (2022) auf 422.000 Euro (2023). Welcher Betrag davon ist auf die Neuvergabe der Reinigungsdienstleistungen sowie der Grün- und Grauf Flächenpflege zurückzuführen?	CDU	Bericht Seite 627
221.	129	0621	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 628
Kapitel 0622 – Amtsgericht Lichtenberg							
222.	132	0622	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 629
	132	0622	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 2.318.000 Ansatz 2023: 2.340.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						<p>2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)* Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
	132	0622	51101	Geschäftsbedarf	<p>Ansatz 2022: 366.000 Ansatz 2023: 346.000</p>										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
<p>2022: - 20.000 2023: +/- 0</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>				Ja	SPD, Grüne, Linke	Nein	–	Enthaltung	CDU, AfD, FDP	Ergebnis:	einstimmig angenommen				
Ja	SPD, Grüne, Linke														
Nein	–														
Enthaltung	CDU, AfD, FDP														
Ergebnis:	einstimmig angenommen														
223.	134	0622	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 630								
Kapitel 0623 – Amtsgericht Mitte															
224.	136	0623	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 631								
	136	0623	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	<p style="text-align: right;">Ansatz 2022: 3.407.000 Ansatz 2023: 3.440.000</p>										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<p>2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)*</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
225.	137	0623	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 632								
226.	138	0623		Abschluss Kapitel 623	1. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund beim Amtsgericht Mitte für die Jahre 2020/2021 ein Überschuss erwirtschaftet werden konnte, während bei den anderen	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 633								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
					Gerichten ein Fehlbetrag ausgewiesen wurde. 2. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund beim Amtsgericht Mitte für die Jahre 2022/2023 weiterhin ein Überschuss in Ansatz gebracht wird.		
Kapitel 0624 – Amtsgericht Neukölln							
227.	140	0624	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 634
	140	0624	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 2.060.000 Ansatz 2023: 2.080.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						FDP	
						<p style="text-align: center;">2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i></p>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle. <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
228.	142	0624	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 635								
Kapitel 0625 – Amtsgericht Pankow															
229.	144	0625	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 636								
	144	0625	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 2.370.000 Ansatz 2023: 2.392.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									
						2022: + 50.000 2023: + 50.000									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p><i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
230.	146	0625	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	<p>1. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund von einem Gleichbleiben der Kosten für Mediationskostenbeihilfe ausgegangen wird.</p> <p>2. Wir bitten darzustellen, aus welchem Grund diese Kosten lediglich beim Amtsgericht Pankow und Kreuzberg anfallen.</p>	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 637								
231.	146	0625	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 638								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Kapitel 0626 – Amtsgericht Schöneberg							
232.	150	0626	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 639
	150	0626	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 4.270.000 Ansatz 2023: 4.311.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						FDP	
						<p style="text-align: center;">2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
					<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
	150	0626	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 492.000 Ansatz 2023: 472.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP								
2022: - 20.000 2023: +/- 0															
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung															
		<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td style="text-align: center;">-</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>einstimmig angenommen</td> </tr> </table>		Ja	SPD, Grüne, Linke	Nein	-	Enthaltung	CDU, AfD, FDP	Ergebnis:	einstimmig angenommen				
Ja	SPD, Grüne, Linke														
Nein	-														
Enthaltung	CDU, AfD, FDP														
Ergebnis:	einstimmig angenommen														
233.	151	0626	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 640								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Kapitel 0627 – Amtsgericht Spandau							
234.	154	0627	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite641
	154	0627	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 3.102.000 Ansatz 2023: 3.132.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE		CDU		AfD		FDP	
				2022: + 50.000 2023: + 50.000			
				<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.			
				b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
Kapitel 0628 – Amtsgericht Kreuzberg							
236.	158	0628	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 643
	158	0628	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 5.101.000 Ansatz 2023: 5.150.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						FDP	
						<p style="text-align: center;">2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p>	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP								
						<p>2022: + 50.000 2023: + 50.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1" style="width: 100%; border-collapse: collapse;"> <tr> <td style="width: 50%;">Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
242.	164	0630	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Welche Maßnahmen zu ergonomischen Saalumbauten und Saalausstattungen wurden bereits durchgeführt und welche Maßnahmen müssen noch umgesetzt werden? Es wird um einen detaillierten Sachstandsbericht gebeten.	CDU	Bericht Seite 649								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
243.	164	0630	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Auf welcher Basis erfolgt die prognostizierte Steigerung an Honoraren für Pflichtverteidiger? Wieso sinken parallel die Auslagen für Beschuldigte?	CDU	Bericht Seite 650
	165	0630	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Ansatz 2022: 24.000 Ansatz 2023: 24.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 9.000 2023: +/- 0							
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		-					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
Kapitel 0631 – Amtsgericht Wedding							
244.	170	0631	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 651

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	170	0631	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten			Ansatz 2022: 3.663.000 Ansatz 2023: 3.699.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						2022: + 50.000 2023: + 50.000									
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.									
						b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.									
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
245.	171	0630	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	1. Bitte um Darstellung, welche Mittel für die Ausstattung von Gerichtssälen mit Videokonferenztechnik in diesem Titel oder anderen vorgesehen ist? 2. Wie viele Gerichtssäle können mit den vorgesehenen Mitteln voll ausgestattet werden?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 652
246.	172	0631	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worauf basiert die prognostizierte Kostensteigerung für Berufsbetreuer sowie für Sachverständige und Zeugen? Wie haben die Amtsgerichte die Erhöhung der Ausgaben für Berufsbetreuer ermittelt? Nach einheitlichen Vorgaben oder individuell? Wird mit einer entsprechend steigenden Zahl von Betreuungsfällen gerechnet, steigen die Kosten pro Betreuungsfall?	CDU	Bericht Seite 653
247.	172	0631	52703	Dienstreisen	Warum fällt der männliche prozentuale Anteil bei Dienstreisen so gering aus?	CDU	Bericht Seite 654
248.	172	0631	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Welche Maßnahmen werden im Gesundheitsmanagement getroffen? Bitte um eine genaue Auflistung.	CDU	Bericht Seite 655
Kapitel 0632 – Zentrales Mahngericht Berlin-Brandenburg							
249.	176	0632	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 656
250.	176	0632	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezügen begründet? Wurden Beförderungen oder Neueinstellungen vorgenommen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 657
251.	176	0632	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelten begründet?	CDU	Bericht Seite 658

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	176	0632	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten			Ansatz 2022: 1.870.000 Ansatz 2023: 1.888.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						2022: + 50.000 2023: + 50.000									
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.									
						b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.									
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	176	0632	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 3.102.000 Ansatz 2023: 3.100.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 22.000 2023: +/- 0 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
252.	179	0632	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrensabhängige IKT	Worin liegt der Mehrbedarf der jeweiligen Verträge gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 659-660
Kapitel 0641 – Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg							
253.	182	0641	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Worin liegt der Rückgang der Ausgleichszahlung des Landes Brandenburg für das gemeinsame Oberverwaltungsgericht Berlin-Brandenburg begründet?	CDU	Bericht Seite 661
254.	182	0641	23211	Ersatz von Ausgaben durch die Länder	Aus welchen Gründen wird in Zukunft mit rund einer halben Million Euro weniger gerechnet als das IST es zulassen würde? Was genau wird hier durch das Land Brandenburg ausgeglichen?	FDP	Bericht Seite 662

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
255.	182	0641	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 663	
256.	182	0641	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezügen begründet? Wurden Beförderungen oder Neueinstellungen vorgenommen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 664	
257.	182	0641	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelten begründet? Wurden Höhergruppierungen oder Neueinstellungen vorgenommen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 665	
	182	0641	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 1.353.000 Ansatz 2023: 1.367.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
						2022: + 50.000 2023: + 50.000		
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.		
						b) Titelerläuterung/(verbindliche		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				<p><i>Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
258.	183	0641	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Welche Geräte oder Gegenstände sollen angeschafft werden, die eine Erhöhung des Bedarfes gegenüber dem Jahr 2020 begründen?	CDU	Bericht Seite 666								
259.	183	0641	51403	Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen	Worin liegt eine erhebliche Erhöhung des Betrages für die Finanzierung eines Dienstfahrzeuges begründet?	CDU	Bericht Seite 667								
260.	184	0641	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Worin liegt der Mehrbedarf an nutzerspezifischen Nebenkosten gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 668								
261.	184	0641	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worin liegt der erhebliche Mehrbedarf an Gerichts- und ähnlichen Kosten gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 669								
262.	185	0641	52703	Dienstreisen	Worin liegt der erhebliche Mehrbedarf an Dienstreisekosten gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Worin liegt der extrem niedrige Anteil an weiblichen Teilnehmern begründet?	CDU	Bericht Seite 670								
263.	185	0641	54079	Verschiedene Ausgaben	Worin liegt der Rückgang an verschiedenen Ausgaben gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Welche Posten oder Positionen verbergen sich hinter diesem Titel?	CDU	Bericht Seite 671								
264.	186	0641	51143 MG 31	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Worin liegt der starke Rückgang an Ausgaben für Geräte und Ausstattungen gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Fallen	CDU	Bericht Seite 672								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				tungsgegenstände für die verfahrens-unabhängige IKT	keine Wartungsarbeiten, Reparaturen oder Ersatzbeschaffungen mehr an? Wenn ja, warum nicht?		
265.	186	0641	51160 MG 31	Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Worin liegen die Neuanschaffungen der Posten 6-19 und der Mehrbedarf an finanziellen Mitteln der Übrigen Posten begründet?	CDU	Bericht Seite 673-676
266.	187	0641	81260 MG 31	Kommunikation und Datenverarbeitung	Worin liegt der Rückgang an finanziellen Mitteln für sicherheitsrelevante Software und Analysen begründet? Sind die Daten ausreichend vor Hackerangriffen geschützt?	CDU	Bericht Seite 677
267.	187	0641	81289 MG 31	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Worin liegt der erhebliche Mehrbedarf an Dienstreisekosten gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Welche Positionen werden aus welchen Gründen benötigt?	CDU	Bericht Seite 678
Kapitel 0642 – Verwaltungsgericht							
268.	193	0642		Verwaltungsgericht Berlin	Welchen Zeit- und Kostenplan gibt es für den Umbau des Kathreiner-Hochhauses als neuen Standort des Verwaltungsgerichts Berlin? Welche Kosten wurden für diese Planung bislang aufgewandt? Wo ist diese Baumaßnahme im Haushalt veranschlagt?	CDU	Bericht Seite 679
269.	193	0642	div.	Gender Budgeting	Worin liegt der niedrige männliche Anteil bei den Mitarbeitenden begründet?	CDU	Bericht Seite 680
270.	194	0642	11979	Verschiedene Einnahmen	Worin liegt der geringe Ansatz an Einnahmen gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 681
271.	194	0642	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 682

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage	
272.	194	0642	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 683	
273.	194	0642	42202	Bezüge der planmäßigen Richter / Richterinnen	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 684	
274.	194	0642	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelten gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 685	
	194	0642	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Ansatz 2022: 3.494.000 Ansatz 2023: 3.528.000			
Änderungsanträge der Fraktionen								
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP
						2022: + 50.000 2023: + 50.000		
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen.		
						<i>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Schaffung einer zusätzlichen		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
				Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle. <table border="1" style="margin-left: auto; margin-right: auto;"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
275.	195	0642	51140	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände	Welche neuen Anschaffungen werden vorgenommen und begründen einen Mehrbedarf an finanziellen Mitteln? Bitte um Auflistung der geplanten Anschaffungen.	CDU	Bericht Seite 686								
	195	0642	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 858.000 Ansatz 2023: 1.003.000										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD		FDP							
2022: - 170.000 2023: +/- 0															
a) Begründung zum Änderungsantrag Gegenfinanzierung															
Ja		SPD, Grüne, Linke													
Nein		-													
Enthaltung		CDU, AfD, FDP													
Ergebnis:		einstimmig angenommen													

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
276.	196	0642	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Worin liegt der deutliche Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Was muss genau instandgehalten, gewartet oder erneuert werden?	CDU	Bericht Seite 687
	196	0642	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 667.000 Ansatz 2023: 617.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
				2022: - 650.000 2023: - 600.000			
				<p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Der hauptsächliche Anteil des Ansatzes soll dazu dienen, um Rollregalanlagen, Schließanlage und Teeküchen im Gebäude Potsdamer Straße 186 zu finanzieren, nämlich 650.000€ in 2022 und 600.000€ in 2023 (Sammelvorlage Nr. 276). Bei diesem Gebäude handelt es sich um das sog. Kathreiner-Hochhaus, das jedoch nach neuesten Erkenntnissen frühestens 2027 vom Verwaltungsgericht bezogen werden kann. Die entsprechenden Teile der Ansätze sind daher zu streichen, weil die Mittel im Haus-</p>			

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
				haltsjahr 22/23 noch nicht benötigt werden.			
				Ja	CDU, AfD, FDP		
				Nein	SPD, Grüne, Linke		
				Enthaltung	–		
				Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
277.	196	0642	52501	Aus- und Fortbildung	Worin liegt der geringe Anteil an männlichen Dienstkräften begründet?	CDU	Bericht Seite 688
278.	197	0642	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Worin liegt die deutliche Erhöhung gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Werden zwangsläufig externe Beratungsangebote benötigt oder können diese durch Multiplikatoren-schulungen reduziert werden?	CDU	Bericht Seite 689
279.	198	0642	51111 MG 31	Geschäftsbedarf für die verfahrens-unabhängige IKT	Worin liegt hier der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 690
280.	198	0642	51145 MG 31	Datenfernübertragung für die verfahrens-unabhängige IKT	Worin liegt der Mehrbedarf an Übertragungskosten gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 691
281.	198	0642	51160 MG 31	Dienstleistungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Worin liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Welche Positionen werden in welcher Anzahl neu angeschafft und warum?	CDU	Bericht Seite 692-693
282.	199	0642	81260 MG 31	Datenverarbeitung in der Verwaltungsgeschäftsbarkeit	Sind die erhöhten Ausgaben und der damit verbundenen Mittel ausreichend, um Cyberangriffen entgegenwirken und alle Daten schützen zu können?	CDU	Bericht Seite 694

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
283.	199	0642	81289 MG 31	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen für die verfahrens-unabhängige IKT	Was ist unter Arbeitsplatzrechnern zu verstehen, die „ausgetauscht“ werden sollen? Sollen PCs durch PCs ersetzt werden, trotz des gegenüber Thinclients vergleichsweise hohen Energieverbrauchs? Wird die Anschaffung von Notebooks mit Dockingstation erwogen, mit denen mobiles Arbeiten möglich ist? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 695
284.	200	0642	51168 MG 32	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrens-abhängige IKT	Worin liegt der geringe Bedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Müssen keine Wartungs- und Instandsetzungsarbeiten durchgeführt werden?	CDU	Bericht Seite 696
Kapitel 0651 – Sozialgericht							
285.	207	0651	div.	Genderpolitische Analyse der Beschäftigten-struktur	Worin liegt der geringe Anteil an männlichen Mitarbeitenden begründet?	CDU	Bericht Seite 697
286.	208	0651	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Wir bitten darzustellen, wie viele Vollzeitäquivalenzstellen 2021 in den Geschäftsstellen und Rechtsantragsstellen vorhanden waren und wie sich diese durch den Ansatz 2022 und 2023 verändern werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 698
287.	208	0651	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 699
288.	208	0651	42202	Bezüge der planmäßigen Richter / Richterinnen	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 700
289.	208	0651	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelten gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 701

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
	208	0651	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten			Ansatz 2022: 8.506.000 Ansatz 2023: 8.588.000								
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						Ansatz 2022: + 50.000 Ansatz 2023: + 50.000 <i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Effektiver Rechtsschutz und beschleunigte Verfahren sind sehr personalintensiv und dürfen nicht zu Lasten anderer Verfahren gehen. Es braucht deshalb mehr Servicekräfte in den Geschäftsstellen. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Schaffung einer zusätzlichen Tarifstelle (bis 9a TV-L) im Bereich der Geschäftsstelle.									
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>CDU, FDP</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>		Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	CDU, FDP	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	CDU, FDP														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	209	0651	51101	Geschäftsbedarf	Ansatz 2022: 280.000 Ansatz 2023: 280.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
2022: - 20.000 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
290.	210	0651	52601	Gerichts- und ähnliche Kosten	Worin liegt der höhere Ansatz gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 702
291.	211	0651	51143 MG 31	Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände für die verfahrens-unabhängige IKT	Welche Geräte, Ausstattungs- und Ausrüstungsgegenstände sollen beschafft werden, die dem Mehrbedarf zu Grunde liegen? Bitte um genaue Auflistung	CDU	Bericht Seite 703
Kapitel 0661 – Justizvollzugsanstalt Plötzensee							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	219ff.	0661	Titel Neu	Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugsanstalt Plötzensee			Ansatz 2022: - Ansatz 2023: -
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
							<p style="text-align: center;">2022: – 2023: + 200.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“ nicht erreicht werden kann.</p> <p>b) <i>Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)</i> Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt Plötzensee</p>

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
						<p>angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200.000 €</p> <table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	CDU, AfD, FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
292.	219 ff.	0661-0672	übergreifend	Suizidprävention im Vollzug	Welche Maßnahmen sind zur Verbesserung geplant?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 704-705								
293.	219 ff.	0661-0672	übergreifend	Digitalisierung Hafräume	Wie ist der aktuelle Zeit- und Kostenplan, bitte nach den einzelnen JVAen gesondert darstellen? Welche Effizienzgewinne werden in den Verwaltungsabläufen erwartet?	SPD/Grüne/LINKE	Bericht Seite 706								
294.	219	0661	div.	Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur	Worin liegt der geringe Anteil an weiblichen Führungskräften und Mitarbeitenden begründet?	CDU	Bericht Seite 707								
295.	220	0661	11903	Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen	Worin liegt bei den Einnahmen der geringe Ansatz gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 708								
296.	220	0661	11905	Entgelte für nicht-dienstliche Inanspruchnahmen	Worin liegt hier die Differenz gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 709								
297.	221	0661	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter	Worin liegt hier eine Erhöhung bei den Positionen 2 bezüglich der Honorare gegenüber dem Vorjahr 2021 begründet?	CDU	Bericht Seite 710								
298.	222	0661	51131	Bekleidung, Wäsche	Worin liegt hier der signifikante Anstieg an Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 711								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
299.	223	0661	51403	Ausgaben für die Haltung von Fahrzeugen	Worin liegt der Mehrbedarf begründet? Wie hoch liegt der momentane Verbrauch auf 100 km/h bei den Diesel- und Benzinfahrzeugen? Ist der unveränderte Ansatz von 73.000 Euro für 2022 und 2023 angesichts stark steigender Treibstoff-Preise realistisch? Wie hoch ist das durchschnittliche Alter des Fuhrparks? Können einige Fahrzeuge durch Elektromobilität ersetzt werden, um die Ausgaben für Kraftstoff langfristig reduzieren zu können?	CDU	Bericht Seite 712
	225	0661	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 4.218.000 Ansatz 2023: 4.687.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 100.000 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
300.	225	0661	51803	Mieten für Maschinen und Geräte	Worin liegt der Mehrbedarf begründet? Welche Maschinen und Geräte werden angemietet?	CDU	Bericht Seite 713

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
301.	226	0661	52501	Aus- und Fortbildung	Worin liegt der Mehrbedarf bei Position 4 begründet?	CDU	Bericht Seite 714-715
302.	226	0661	52501	Aus- und Fortbildung	Woraus setzen sich die unter 4. „Bildungsstätte Justizvollzug“ bezifferten Kosten genau zusammen? Wie sind die Kosten errechnet?	FDP	Bericht Seite 716
303.	227	0661	52703	Dienstreisen	Worin liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 717
304.	232	0661	67144	Unterbringung in fremden Krankenanstalten	Worin liegt der Anstieg des Mehrbedarfs gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Erachtet der Senat zukünftig die Erweiterungen eigene Kapazitäten für sinnvoll?	CDU	Bericht Seite 718
305.	232	0661	68142	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug	Wo liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wie hoch sind aktuell die Taschengelder für Gefangene?	CDU	Bericht Seite 719
306.	235	0661	51145 MG 31	Datenfernübertragung für die verfahrensunabhängige IKT	Worin liegt hier der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 720
307.	235	0661	51160 MG 31	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT	Worin liegt hier der Mehrbedarf gegenüber im Bereich „Einführungsunterstützung für die Kompetenzzentren der JVA Plötzensee und mobiles Arbeiten einschließlich Lizenzergänzungen“ begründet?	CDU	Bericht Seite 721
308.	237	0661	81289 MG 31	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattung für die verfahrensunabhängige IKT	Es wird angenommen, dass die Abkürzung „BAP“ für „Bildschirmarbeitsplatz“ steht. Wer nutzt diese Arbeitsplätze, die Beschäftigten oder die Gefangenen? Sollen PCs durch PCs ersetzt werden, trotz des gegenüber Thinclients vergleichsweise hohen Energieverbrauchs? Wenn es um Arbeitsplätze der Beschäftigten geht: Wird die Anschaffung von Notebooks mit Dockingstation erwogen, mit denen Mobiles Arbeiten möglich ist? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 722

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
309.	239	0661	51185 MG 32	Dienstleistungen für die verfahrens-abhängige IKT	Wo wird die Spracherkennungssoftware Maintenance eingesetzt oder wo soll sie eingesetzt werden? Um wie viele Lizenzen geht es?	CDU	Bericht Seite 723
Kapitel 0663 – Justizvollzugsanstalt für Frauen							
	247ff.	0663	Titel neu	Anschaffung eines Körperscanners für die Justizvollzugs-anstalt für Frauen			Ansatz 2022: – Ansatz 2023: –
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
							<p style="text-align: center;">2022: – 2023: + 200.000</p> <p>a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Um die notwendige Sicherheit und Ordnung für die Gefangenen und das Justizvollzugspersonal in den Justizvollzugsanstalten sicherzustellen, ist es notwendig sich (im gesetzlichen Rahmen) des Hilfsmittels der Körperscanner zu bedienen. Hierdurch wird es zur weiteren Minimierung der „Einfuhr“ von verbotenen Gegenständen in die Justizvollzugsanstalten kommen, die mit den bisher eingesetzten „Überprüfungsmitteln“</p>

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage								
						nicht erreicht werden kann. b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Es wird ein Körperscanner für die Justizvollzugsanstalt für Frauen angeschafft. Die Kosten hierfür (Anschaffung und Installation) belaufen sich auf 200.000 €									
						<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>CDU, AfD, FDP</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, Linke</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	CDU, AfD, FDP	Nein	SPD, Grüne, Linke	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt	
Ja	CDU, AfD, FDP														
Nein	SPD, Grüne, Linke														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
310.	250	0663	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Worin liegt hier der kontinuierliche Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 724								
311.	251	0663	52501	Aus- und Fortbildung	Worin liegt hier der Mehrbedarf begründet? Welche Fortbildungen werden angeboten und sind gegenüber den Vorjahren mit entsprechender Begründung hinzugekommen?	CDU	Bericht Seite 725								
312.	252	0663	52703	Dienstreisen	Welche Begründung liegt der Mehrbedarf an Dienstreisen zu Grunde? Um welche Dienstreisen handelt es sich hierbei?	CDU	Bericht Seite 726								
Kapitel 0664 – Justizvollzugsanstalt des Offenen Vollzuges Berlin															
313.	258	0664	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 727								

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
314.	258	0664	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Rückgang des Bedarfes gegenüber dem Jahr 2021 begründet?	CDU	Bericht Seite 728
315.	260	0664	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Inwieweit sind die Sicherungsverwahrten im offenen Vollzug erfasst. Falls nicht, bitte darstellen, in welchem Kapitel/Titel diese erfasst sind.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 729
Kapitel 0666 – Jugendvollzugsanstalt Moabit							
316.	267	0666	div.	Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur	Worin liegt der höhere Anteil weiblicher Beschäftigter in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe begründet?	CDU	Bericht Seite 730
317.	268	0666	11903	Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen	Worin liegt der geringe Ansatz gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 731
318.	268	0666	12505	Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelten gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 732
319.	268	0666	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 733
320.	269	0666	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelte gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 734
321.	270	0666	51408	Dienst- und Schutzkleidung	Worin liegt der Rückgang des Bedarfes gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wurde hierbei Reservekleidung (Bekleidungs pool) für die Bediensteten berücksichtigt?	CDU	Bericht Seite 735

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	270	0666	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 3.853.000 Ansatz 2023: 4.352.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 150.000 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
322.	273	0666	68142	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug	Wo liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wie hoch sind aktuell die Taschengelder für Gefangene?	CDU	Bericht Seite 736
Kapitel 0668 – Justizvollzugsanstalt Tegel							
	277ff.	0668	Titel neu	Pilotprojekt „Drogenspürhund für die JVA Tegel“	Ansatz 2022: – Ansatz 2023: –		
Änderungsanträge der Fraktionen							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
						2022: + 15.000 2023: + 5.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Hund soll in der JVA fest angesiedelt werden. Dabei handelt es sich um eine effektive Maßnahme im Kampf gegen Besitz und Schmuggel von Betäubungsmitteln im Gefängnis.	
						Ja	CDU, AfD, FDP
						Nein	SPD, Grüne, Linke
						Enthaltung	–
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
323.	278	0668	11903	Schadenersatzleistungen, Vertragsstrafen	Worin liegt der höhere Ansatz gegenüber dem Jahr 2020 begründet?	CDU	Bericht Seite 737
324.	278	0668	12505	Entgelte aus der Beschäftigung von Gefangenen	Worin liegt der Wegfall von Einnahmen aus Verkäufen der Schuhmacherei in den Jahren 2022 und 2023 begründet?	CDU	Bericht Seite 738
325.	278	0668	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 739
326.	279	0668	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter	Worin liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wie viele externe Psychotherapien, Behandlungs- und Beschäftigungsprogramme gab es in den Jahren 2020,2021?	CDU	Bericht Seite 740

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
327.	279	0668	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelte gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 741
328.	280	0668	51408	Dienst- und Schutzkleidung	Worin liegt der Rückgang des Bedarfes gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wurde hierbei Reservekleidung (Bekleidungs-pool) für die Bediensteten berücksichtigt?	CDU	Bericht Seite 742
	281	0668	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 3.476.000 Ansatz 2023: 4.149.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
2022: - 200.000 2023: +/- 0							
a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		AfD, FDP					
Enthaltung		CDU					
Ergebnis:		mehrheitlich angenommen					
329.	281	0668	51801	Mieten für Grundstücke, Gebäude und Räume	Warum kann das Schießtraining des Berliner Justizvollzugs nicht in Schießanlagen der Berliner Polizei stattfinden, insbesondere nachdem am 04.03.2022 eine hochmoderne, 29 Mio. Euro teure Schießanlage der Berliner Polizei in der Gallwitzallee in Betrieb genommen wurde?	CDU	Bericht Seite 743

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
330.	281	0668	51925	Nutzerspezifische Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Welche Positionen verbergen sich hinter nutzerspezifische Betriebs- und Wartungskosten von Anlagen? Um welche Anlagen handelt es sich dabei?	CDU	Bericht Seite 744
331.	281	0668	52501	Aus- und Fortbildung	Der Mehrbedarf liegt hierbei der Einhaltung rechtlicher Vorgaben im Bereich Arbeitsschutz sowie Qualifizierung von Führungskräften zur Umsetzung des Gesundheitspaktes begründet. Warum fand der Arbeitsschutz im Rahmen der Fürsorgepflicht in den Vorjahren keine Beachtung?	CDU	Bericht Seite 745
332.	283	0668	54010	Dienstleistungen	Worin liegt der Mehrbedarf an finanziellen Mitteln gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Liegen Studien für die jeweiligen Dienstleistungen mit den entsprechenden Erfolgsquoten vor? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 746
Kapitel 0669 – Jugendstrafanstalt							
333.	287	0669	div.	Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur	Worin liegt der höhere Anteil weiblicher Beschäftigter bei den Führungskräften in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe begründet? Worin liegt der höhere Anteil männlichen Beschäftigter bei den Mitarbeitern in höheren Besoldungsgruppen der Laufbahngruppe begründet?	CDU	Bericht Seite 747
334.	288	0669	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 748
335.	288	0669	42701	Aufwendungen für freie Mitarbeiterinnen / Mitarbeiter	Der Epl. 06 sieht nur in der Jugendstrafanstalt Aufwendungen für Organisten vor. Gibt es in den anderen Justizvollzugsanstalten keine Organisten?	CDU	Bericht Seite 749
336.	288	0669	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelte gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 750

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
337.	291	0669	52501	Aus- und Fortbildung	Um welche Fort- und Ausbildungsmöglichkeiten handelt es sich hierbei?	CDU	Bericht Seite 751
338.	292	0669	54011	Belehrung, Unterhaltung	Worin liegt der geringe Ansatz gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Finden weniger sozialpädagogische Gruppenarbeiten statt? Wenn ja, warum?	CDU	Bericht Seite 752
339.	293	0669	68142	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug	Wo liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wie hoch sind aktuell die Taschengelder für Gefangene?	CDU	Bericht Seite 753
Kapitel 0671 – Jugendarrestanstalt							
340.	295, 297	0671	Allgemeine Erläuterung 51715 51820 51925	Objekt Kirchhainer Damm	Was ist Inhalt der Überlassungsvereinbarung mit der Berliner Polizei? Wird das Objekt Kirchhainer Damm der Berliner Polizei entgeltlich überlassen? Wie hoch ist ggf. das Entgelt? Oder fallen Mieten und Nebenkosten von insgesamt ca. 1,6 Mio. Euro dem Epl. 06 ohne Ausgleich zur Last? Im Epl. 05 sind keine Ausgaben für das Objekt Kirchhainer Damm ausgewiesen.	CDU	Bericht Seite 754
341.	298	0671	52501	Aus- und Fortbildung	Um welche Fortbildungsmöglichkeiten und Supervisionen der Bediensteten handelt es sich hierbei?	CDU	Bericht Seite 755
Kapitel 0672 – Justizvollzugsanstalt Heidering							
	301ff.	0672	Titel neu	Pilotprojekt „Drogenspürhund für die JVA Heidering“		Ansatz 2022: – Ansatz 2023: –	
Änderungsanträge der Fraktionen							

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
							2022: + 15.000 2023: + 5.000 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Der Hund soll in der JVA fest angesiedelt werden. Dabei handelt es sich um eine effektive Maßnahme im Kampf gegen Besitz und Schmuggel von Betäubungsmitteln im Gefängnis.
						Ja	CDU, AfD, FDP
						Nein	SPD, Grüne, Linke
						Enthaltung	–
						Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt
342.	302	0672	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 756
343.	302	0672	42722	Ausbildungsentgelte (Praktikantinnen / Praktikanten, Volontärinnen / Volontäre)	Worin liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2021 begründet?	CDU	Bericht Seite 757
344.	302	0672	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelte gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 758

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
	303	0672	51715	Betriebs- und Nebenkosten im Rahmen des Facility Managements	Ansatz 2022: 2.992.000 Ansatz 2023: 3.441.000		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	FDP
2022: - 150.000 2023: +/- 0 a) <i>Begründung zum Änderungsantrag</i> Gegenfinanzierung							
Ja		SPD, Grüne, Linke					
Nein		–					
Enthaltung		CDU, AfD, FDP					
Ergebnis:		einstimmig angenommen					
345.	305	0672	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Um welche Positionen handelt es sich hierbei, welche eine Erhöhung des Betrages rechtfertigen?	CDU	Bericht Seite 759
346.	306	0672	68142	Arbeitsentgelte, Ausbildungsbeihilfen, Taschengelder im Justizvollzug	Wo liegt der Mehrbedarf gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Wie hoch sind aktuell die Taschengelder für Gefangene?	CDU	Bericht Seite 760

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts-antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
347.	307	0672	51160 MG31	Dienstleistungen für die verfahrensunabhängige IKT	Bitte um Darstellung, inwieweit die Digitalisierung von Hafträumen in diesem Titel und/oder anderen Titeln und Kapiteln berücksichtigt werden.	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 761
Kapitel 0691 – Soziale Dienste der Justiz - Gerichtshilfe und Bewährungshilfe -							
348.	309	0691	div.	Genderpolitische Analyse der Beschäftigtenstruktur	Worin liegt der hohe Anteil an weiblichen Mitarbeitern auf der Führungsebene und bei den Mitarbeitern begründet? Worin liegt der geringe Anteil an männlichen Beschäftigten in den Besoldungsgruppen?	CDU	Bericht Seite 762
349.	310	0691	42201	Bezüge der planmäßigen Beamtinnen und Beamten	Worin liegt der Mehrbedarf an Bezüge gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Beförderungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 763
350.	310	0691	42801	Entgelte der planmäßigen Tarifbeschäftigten	Worin liegt der Mehrbedarf an Entgelte gegenüber dem Jahr 2020 begründet? Gab es Neueinstellungen oder Höhergruppierungen? Wenn ja, wie viele?	CDU	Bericht Seite 764
351.	312	0691	52501	Aus- und Fortbildung	Um welche Fortbildungsmöglichkeiten handelt es sich hierbei?	CDU	Bericht Seite 765
352.	312	0691	52703	Dienstreisen	Worin liegt der Mehrbedarf an Dienstreisen begründet?	CDU	Bericht Seite 766
353.	312	0691	54002	Personal- und Organisationsmanagement (ohne Aus- und Fortbildung)	Um welche Positionen handelt es sich hierbei, welche eine Erhöhung des Betrages rechtfertigen?	CDU	Bericht Seite 767
354.	313	0691	54010	Dienstleistungen	1. Womit ist der Ansatz im Verhältnis zum IST 2021 zu begründen? 2. Sind die Mittel gemessen an den Bedarfen ausreichend?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 768
355.	313	0691	54010	Dienstleistungen	Worin liegt der Mehrbedarf an FTA gegenüber dem Jahr 2021 begründet? Warum werden Angebote zur Haftvermeidung erst 2023 realisiert?	CDU	Bericht Seite 769

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Seite Sammelvorlage
356.		div.	div.	Dienstleistungen / Programme	In welchem Umfang werden die Dienstleistungen und Programme für Gefangene wissenschaftlich evaluiert? Wie ist das Ergebnis der einzelnen Evaluationen?	CDU	Bericht Seite 770-771
357.	313	0691	81279	Geräte, technische Einrichtungen, Ausstattungen	Womit ist der Ansatz im Verhältnis zum IST 2021 zu begründen?	SPD/Grüne/ LINKE	Bericht Seite 772

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
Kapitel 1250 – Senatsverwaltung für Stadtentwicklung, Bauen und Wohnen - Hochbau - MG 06							
358.		1250		Bau- und Sanierungsmaßnahmen allgemein	Bitte um Erläuterung der insgesamt geplanten Mittel und deren Verwendung insbesondere hinsichtlich der Reduzierung des Investitionsstaus für den Bereich der Gerichte und der Strafvollzugsbehörden. Wer koordiniert die Sanierungs- und Renovierungs- oder Baumaßnahmen in den jeweiligen Dienststellen? Wie wurde der Sanierungsbedarf für die Justizvollzugsanstalten und Gerichte für den Doppelhaushalt 2022/2023 ermittelt, wie hoch ist dieser jeweils und insgesamt und welche Kosten müssen aus den Dienststellen selber getragen werden? Welche Prioritäten wurden bei der Sanierung in den jeweiligen Dienststellen durch wen festgelegt, welche Maßnahmen wurden auf den Doppelhaushalt 2024/2025 und welche über den Zeitraum darüber hinaus verschoben?	CDU	Bericht Seite 773-776
359.		1250		Teilung Landgericht	Welche baulichen Maßnahmen sind für eine Teilung des Landgerichts notwendig und wo sind die entsprechenden Kosten im Haushalt abgebildet?	CDU	Bericht Seite 777

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
360.		1250	div.	Amtsgericht Marzahn-Hellersdorf	Gibt es einen mit dem Bezirk abgestimmten Standort für den Neubau des Amtsgerichts Marzahn-Hellersdorf? Welchen Zeit- und Kostenplan gibt es für diese Baumaßnahme? Welche Kosten wurden für diese Planung bislang aufgewandt? Wo ist diese Baumaßnahme im Haushalt veranschlagt?	CDU	Bericht Seite 778
361.		1250		Verwaltungsgericht Berlin	Welchen Zeit- und Kostenplan gibt es für den Umbau des Kathreiner-Hochhauses als neuen Standort des Verwaltungsgerichts Berlin? Welche Kosten wurden für diese Planung bislang aufgewandt? Wo ist diese Baumaßnahme im Haushalt veranschlagt?	CDU	Bericht Seite 779
362.		1250		Grundsanierung JVA Tegel III	Es wird um einen aktuellen Planungsstand für den Umbau und die Grundsanierung der Teilanstalt III der JVA Tegel gebeten.	CDU	Bericht Seite 780
	162ff.	1250	Titel (neu) MG 06	JVA Tegel, Teilanstalt I, 2. Bauabschnitt	Ansatz 2022: kein Ansatz Ansatz 2023: kein Ansatz		
Änderungsanträge der Fraktionen							
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD	
						FDP	
						2022: + 3.200.000 2023: + 3.800.000	
						<i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Fortführung des 2. Bauabschnittes der JVA Tegel, Teilanstalt 1.	
						b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung)	

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen								
					Die Mittel dienen der Fortführung des 2. Bauabschnittes der JVA Tegel, Teilanstalt 1.										
					<table border="1"> <tr> <td>Ja</td> <td>AfD</td> </tr> <tr> <td>Nein</td> <td>SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP</td> </tr> <tr> <td>Enthaltung</td> <td>–</td> </tr> <tr> <td>Ergebnis:</td> <td>mehrheitlich abgelehnt</td> </tr> </table>	Ja	AfD	Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP	Enthaltung	–	Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt		
Ja	AfD														
Nein	SPD, Grüne, CDU, Linke, FDP														
Enthaltung	–														
Ergebnis:	mehrheitlich abgelehnt														
	162ff.	1250	Titel (neu) MG 06	Neubau Verwaltungsgericht Berlin, Standortplanung, Bauplanung und -vorbereitung	Ansatz 2022: kein Ansatz Ansatz 2023: kein Ansatz										
Änderungsanträge der Fraktionen															
SPD/GRÜNE/LINKE				CDU		AfD									
						FDP									
						<p style="text-align: center;">2022: + 200.000 2023: + 200.000</p> <p><i>a) Begründung zum Änderungsantrag</i> Die Mittel dienen der Finanzierung der Planung eines Neubaus des Verwaltungsgerichts Berlin. Da im Hinblick auf die aus dem notwendigen denkmalgerechten Umbau des</p>									

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichtsantrag	Fraktion	Bemerkungen
					<p>Kathreiner-Hauses resultierenden Herausforderungen sowie den ursprünglich nicht bekannten zusätzlichen Sanierungsbedarf der gesamten Außenhaut des Gebäudes ist nach heutigem Stand von einer Inbetriebnahme des Verwaltungsgerichts am Standort „Kathreiner-Haus“ nicht vor 2027 auszugehen. Für den Umbau sind von der BIM GmbH 43,14 Mio. Euro veranschlagt, wobei zur Finanzierung eine entsprechende Rücklagenbildung im SILB festgelegt wurde. Aufgrund der erheblichen Kosten für eine Sanierung und einer voraussichtlichen Inbetriebnahme in 2027, ist der Standort „Kathreiner-Haus“ keine Alternative für das neue Verwaltungsgericht Berlin. Es muss schnellstmöglich ein neuer Standort gefunden werden, damit mit der Planung und Bauvorbereitung eines Neubaus des Verwaltungsgerichts Berlin begonnen werden kann.</p> <p>b) Titelerläuterung/(verbindliche Erläuterung) Die Mittel dienen der alternativen Neubauplanung des Verwaltungsgerichts Berlin. Ziele: Standortplanung, Neubauplanung und Bauvorbereitung.</p>		

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
365.	162	1250	70128	Neubau einer Anstalt des geschlossenen Männervollzuges	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wie kamen die Einsparungen zustande und was passiert mit dem eingesparten Geld? 2. Wer ist verantwortlich für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen? 3. Wie setzt sich das Honorar zusammen? 	AfD	Bericht Seite 785-786
366.	162	1250	70174	Jugendstrafanstalt Berlin und Justizvollzugsanstalt Moabit, Mobilfunkunterdrückung in der Untersuchungshaft	Warum findet jetzt keine Mobilfunkunterdrückung mehr statt?	AfD	Bericht Seite 787
367.	162	1250	70174	Jugendstrafanstalt Berlin und Justizvollzugsanstalt Moabit, Mobilfunkunterdrückung in der Untersuchungshaft	<ol style="list-style-type: none"> 1. Inwieweit ist die Mobilfunkunterdrückung hier erfolgreich? 2. Wie genau sieht diese Maßnahme aus? 3. Wie viele Fälle sind seit der Investition dennoch aufgekommen? 4. Welche Pläne bestehen konkret, um die Mobilfunkunterdrückung zu verbessern? 	FDP	Bericht Seite 788-789
368.	162	1250	70176	JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsgemäßer und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug, 1. Bauabschnitt	<ol style="list-style-type: none"> 1. Wie kamen die Einsparungen zustande und was passiert mit dem eingesparten Geld? 2. Wer ist verantwortlich für die Überwachung und Verfolgung von Gewährleistungsansprüchen? 3. Wie setzt sich das Honorar zusammen? 4. Es wird der "Bauabschnitt 1" erwähnt. Was umfasst dieser und wie viele Bauabschnitte sind geplant? 5. Wann wird die Teilanstalt I fertiggestellt und wann erfolgt die Inbetriebnahme? Sind weitere Investitionen erforderlich? 	AfD	Bericht Seite 790-791

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
369.	162	1250	70176	JVA Tegel, Teilanstalt I, Schaffung verfassungsmäßiger und rechtskonformer Unterbringungsmöglichkeiten für Gefangene im geschlossenen Männervollzug 1. Bauabschnitt	<ol style="list-style-type: none"> 1. Welche Pläne bestehen konkret für die Wiedererrichtung der abgerissenen Teilanstalt I? 2. Welche Sanierungen sind in 2022 und 2023 geplant? 3. Welche Pläne hat der Senat bzgl. der Teilanstalt III in Tegel? 4. Sind sämtliche Sanierungen an der Teilanstalt III abgeschlossen? 	FDP	Bericht Seite 792-793
370.	163	1250	70178	JVA Plötzensee, Schaffung einer unmittelbaren baulichen Verbindung zwischen den Liegenschaften JVA Charlottenburg und JVA Plötzensee	Es wird um einen aktuellen Planungsstand für den Neubau der Versorgungsküche in der JVA Plötzensee gebeten.	CDU	Bericht Seite 794
371.	163	1250	70178	JVA Plötzensee, Schaffung einer unmittelbaren baulichen Verbindung zwischen den Liegenschaften JVA Charlottenburg und JVA Plötzensee	Wie ist der Übergang gestaltet?	AfD	Bericht Seite 795

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
372.	163	1250	71424	JVA Charlottenburg; Hauptgebäude sowie Häuser 1, 2 und 3, Sanierung Flachdächer und Attika	Entsprechen nach den geplanten Sanierungen 2022 und 2023 alle Einrichtungen den aktuell geltenden Richtlinien für Gefangene? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 796
373.	163	1250	71424	JVA Charlottenburg; Hauptgebäude sowie Häuser 1, 2 und 3, Sanierung Flachdächer und Attika	Entsprechen alle Einrichtungen den aktuellen Standards bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Mitarbeiter? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 797
374.	163	1250	71472 (neu)	Justizvollzugsanstalt Moabit, Sanierung des Daches, Teilsanierung der Heizungs-, Elektro- und Sanitäranlagen und Erneuerung von Bodenbelag und Haftzellenfenstern einschließlich der Gitter	Entsprechen nach den geplanten Sanierungen 2022 und 2023 alle Einrichtungen den aktuell geltenden Richtlinien für Gefangene? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 798

Lfd. Nr.	Seite HH-Plan	Kapitel	Titel	Bezeichnung	Berichts Antrag	Fraktion	Bemerkungen
375.	163	1250	71472 (neu)	Justizvollzugsanstalt Moabit, Sanierung des Daches, Teilsanierung der Heizungs-, Elektro- und Sanitäreanlagen und Erneuerung von Bodenbelag und Haftzellenfenstern einschließlich der Gitter	Entsprechen alle Einrichtungen den aktuellen Standards bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Mitarbeiter? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 799
376.	163	1250	71474 (neu)	JVA Moabit, Fassadensanierung und Schaffung eines barrierefreien Zugangs	Entsprechen nach den geplanten Sanierungen 2022 und 2023 alle Einrichtungen den aktuell geltenden Richtlinien für Gefangene? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 800
377.	163	1250	71474 (neu)	JVA Moabit, Fassadensanierung und Schaffung eines barrierefreien Zugangs	Entsprechen alle Einrichtungen den aktuellen Standards bezüglich des Arbeits- und Gesundheitsschutzes für die Mitarbeiter? Wenn nein, warum nicht?	CDU	Bericht Seite 801